

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN - LENINISTEN IN DER KPÖ

Jgg. 1964/Nr. 8 (12)

15. April

Einzelpreis S 3,--

Ein Leser schreibt den Leitartikel:

BRASILILIEN UND DER "FRIEDLICHE WEG"

Die dramatische Nachricht des Sieges des konterrevolutionären Putsches in Brasilien erreichte mich beim Lesen der Rede Chruschtschows in Ungarn, in der er mit Gulasch-Beispielen den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus durch den friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb prophezeit.

Die Geschichte hat den besten Augenblick ausgesucht, um die Märchen dieses Renegaten Lügen zu strafen.

Es ist nicht verfrüht, die Lehre aus den dramatischen Ereignissen in Brasilien zu ziehen, auch wenn uns die Situation in ihren Einzelheiten noch nicht ganz bekannt ist. Aber Einzelheiten mögen hier eine fast unbedeutende Rolle spielen, wo die Richtlinie die Ursache der Niederlage war.

Lassen wir einen exponierten Chruschtschowisten Brasiliens, LUIS CARLOS PRESTES, sprechen:

"Um den Kommunismus in Brasilien zum Siege zu führen, ist keine gewaltsame Revolution nötig. Es gibt Leute, die glauben, daß das beste Mittel, um Kuba beizustehen, die Auslösung des bewaffneten Kampfes in Brasilien sei, um die Regierung zu stürzen. Das wäre in der gegenwärtigen Situation in Brasilien ganz falsch. Eine gewaltsame Revolution würde die Kommunisten von den Massen trennen und die brasilianische Regierung dazu führen, mit Kuba zu brechen. Nach den Prinzipien von Marx und Lenin ist die Revolution nicht gleichbedeutend mit Gewalt. Tiefgehende Veränderungen in der Regierung können ohne Aufstand und ohne Bürgerkrieg herbeigeführt werden." (Interview für die kubanische Zeitung "HOY", vor ungefähr einem Jahr)

Hier haben wir den parlamentarischen Kretinismus TOGLIATTIS in seinem brasilianischen Gewand. Es ist ein Kretinismus, der direkt zur Niederlage führte. Und den Beweis hat die faschistische Soldateska erbracht! Um solche kleinbürgerlichen Regierungen wie die GOULARTS in Brasilien zu "schützen", müssen die Volksmassen ihre

Aus dem Inhalt:

Klaus und die SP-Führung
Zu Chruschtschows Reden in Ungarn
Auf gefährlichen Wegen
Sind unsere Klassiker veraltet?
Zur Frage der "Mitbestimmung"
Ein Aufruf der englischen
Marxisten

Revolution durchführen, bevor die Reaktion ihre Konterrevolution durchführt. Aber der Chruschtschowismus wollte im Irak nicht haltmachen; er verriet auch die im Werden begriffene brasilianische Revolution. Die lateinamerikanischen Volksmassen haben den Renegaten Chruschtschow schon in der Praxis kennengelernt. Jetzt spüren sie die Folgen seiner Theorien. Sie werden ganz bestimmt den Weg gehen, den ihnen die 2. Deklaration von Havanna weist: den Weg des gewaltsamen sozialen Umsturzes zur Befreiung vom Joch des Kapitals und des Yankee-Imperialismus.

2. April 1964

R.W.

ZWEI GLÜCKWÜNSCHE

=====

Am 4. April berichtete sowohl die "Arbeiter-Zeitung" als auch die "Volksstimme" über die Glückwünsche, die ein regierender Herr einem seiner soeben an die Macht gekommenen Kollegen übermittelt hatte. Allerdings handelte es sich um zwei ganz verschiedene Fälle.

So berichtete die "Volksstimme" über die Glückwunschbotschaft, die der amerikanische Präsident JOHNSON dem mit Hilfe eines reaktionären Militärputsches soeben an die Macht gekommenen brasilianischen Reaktionär Mazzili ausgesprochen hatte. Wie der "Volksstimme" zu entnehmen ist, war Präsident Johnson ganz besonders davon beeindruckt, daß die brasilianische Konterrevolution "im Rahmen der verfassungsmäßigen Demokratie und ohne Bürgerkrieg" gesiegt hatte - was zählen schon ein paar Tote und die Massenverhaftungen?

Die "Arbeiterzeitung" wieder berichtete über die Glückwunschbotschaft, die der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow dem soeben an die Macht gekommenen österreichischen Reaktionär KLAUS zu übermitteln für notwendig fand.

Nun - wir sagten schon eingangs, daß es sich um zwei ganz verschiedene Fälle handelt. Das geht ja auch schon daraus hervor, daß die "Arbeiterzeitung" die Glückwunschbotschaft JOHNSONS so zensurierte, daß sie als solche nicht mehr erkennbar war, während die "Volksstimme" die Chruschtschowsche Glückwunschbotschaft überhaupt mitzuteilen vergaß. Oder nicht?

DIE ÖVP-SCHARFMACHER UND DIE SP-FÜHRER

=====

Unter dem Titel "Pittermann rettete Klaus-Withalm vor Revolte in der Volkspartei" teilte die "Volksstimme" am 26. März in Balkenlettern mit, daß der Regierungsantritt der von Klaus geführten ÖVP-Scharfmacher lediglich möglich war, weil ihnen die SP-Führer offene Schützenhilfe gewährten und so "den Weg zur Macht freigaben". Dem selben Thema widmete Friedl Fürnberg gleichentags einen Leitartikel, in dem er schrieb:

"Klaus hat sein Ziel erreicht, er wird Bundeskanzler. Die SP-Führung hat die 'Reformer', den reaktionären Flügel der Volkspartei, gerettet ... dieselben 'Reformer', die sie noch vor kurzem als die ärgsten Reaktionen und Feinde der österreichischen Unabhängigkeit ... bezeichnet hat."

Um die ganze Ungeheuerlichkeit der Rolle der SP-Führung zu demonstrieren, zeigt Fürnberg, daß sich die Klausianer eindeutig (durch ihre persönliche Aufwartung beim Otto) als Habsburg-Partei deklariert haben, daß sie betonen, Österreich jetzt "per Autobahn" in die EWG und nach Westdeutschland fahren zu wollen und daß schon jetzt in geheimen Verhandlungen eine ganze Serie reaktionärer Vorstöße festgelegt wurden.

Obwohl wir die Illusionen Fürnbergs über die angebliche "Schwäche" der Position der Klausianer und über das Vorhandensein eines starken angeblich "demokratischen" Flügels in der ÖVP durchaus nicht teilen, sind wir doch mit seiner Charakteristik der verheerenden Rolle der rechten SP-Führer einverstanden.

DIE ENTSCHIEDENDEN SP-FÜHRER HABEN SICH WIEDER EINMAL ALS DIE VERLÄSSLICHSTEN, IN DER GEGEBENEN SITUATION BUCHSTÄBLICH ALS DIE WICHTIGSTEN STEIGBÜGELHALTER DER KAPITALISTISCHEN REAKTION ERWIESEN.

Fürnberg sagt es und hierin hat er recht.

Aber welche Konsequenzen zieht er aus dieser Tatsache?

Leider überhaupt keine! Schlimmer noch. Aus zahlreichen Stellungnahmen der revisionistischen Führer der KPÖ, aus ihrer ganzen gegenwärtigen Politik geht hervor, daß sie nicht nur keine, sondern offensichtlich falsche und verkehrte Konsequenzen aus der Erkenntnis der Rolle der SP-Führung ziehen.

Oder ist es etwa nicht falsch und verkehrt, wenn der Chefredakteur der "Volksstimme" seinen berüchtigten Leitartikel über den "Führungsanspruch der SPÖ" (8. Dezember 1963) schrieb, in dem er mehr Einfluß für die SP-Führer verlangte, die er offenbar als Interessenvertretung der österreichischen Arbeiter anerkennt und in dem er gemeinsam mit den über die wahre Rolle ihrer Parteiführung noch unaufgeklärten sozialistischen Parteimitgliedern "befriedigt aufatmet und neue Hoffnung schöpft", weil sich die SP-Führung jetzt angeblich mehr auf ihren "Führungsanspruch" besinne? Ist ein wesentlicher Unterschied zwischen KPÖ-Führern und SPÖ-Führern wirklich der, daß die Kommunisten energischer die Macht für die SP-Führer fordern als diese selbst?

Ist es etwa nicht falsch und verkehrt, wenn die Führung unserer Partei die Forderung nach einer SP-Regierung geradezu zum Mittelpunkt ihres Aktionsprogrammes macht, ohne zu bedenken, daß das heute unmittelbare Schützenhilfe für die Verfechter der "kleinen Koalition", d.h. für die Aufwertung der Neofaschisten zu einer Regierungspartei, ja zum "Zünglein an der Waage" bedeutet? Selbst wenn die SP-Führer im Rahmen einer "großen Koalition" die Regierung bilden könnten (was alles eher als wahrscheinlich ist), wäre das angesichts der wahren Rolle dieser Führer kaum ein Gewinn, würde die KPÖ aber in die verheerende Zwangslage bringen, unausgesetzt für alle Gaunereien der SP-Führer stimmen zu müssen, um sich nur ja nicht dem Vorwurf auszusetzen, für deren eventuellen Sturz verantwortlich zu sein.

Und schließlich: Wie denn, wenn nicht als angesichts der wahren Rolle der SP-Führer gänzlich verkehrt, irreführend und schädlich sollte man das Angebot des Polbüros einschätzen, unlängst im Burgenland und zukünftig auch anderswo für eben jene SP-Führer zu stimmen, die dann so dienstfertig die Kläuse samt ihrem habsburgischen und neofaschistischen Anhang hochpäppeln?

h.

"STÖRSENDER - LINKS SCHWENKEN!"

Die bürgerliche Nachrichtenagentur AP meldete am 2. April nicht ohne Genugtuung, daß die Störsendungen der sowjetischen und einiger volksdemokratischer Länder gegen die "Stimme Amerikas" eingestellt worden seien.

Diese Nachricht gewinnt ihren besonderen Reiz aus der Tatsache, daß zwei Tage vorher die Nachrichtenagenturen UPI und AFP - auch in diesem Fall nicht ohne Befriedigung - mitteilten, daß sowjetische Störsender eingesetzt wurden, um das Abhören des von Radio Peking ausgestrahlten 8. Kommentars der KP Chinas zum Offenen Brief des ZK der KPdSU zu verhindern.

Man sieht - die Chruschtschowsche "Entspannungspolitik" hat ihre eigene Logik.

DIE REVOLUTION, DAS GULASCH UND DAS BROT

(Zu Chruschtschows Reden in Ungarn)

Während die bürgerliche österreichische Presse ausführlich über die zahlreichen Reden berichtete, die Chruschtschow anläßlich seines Ungarnaufenthaltes von sich gab, blieb die "Volksstimme" darüber auffallend still. Warum wohl? Ist sie nicht mehr Chruschtschows folgsames Sprachrohr, hat sie etwas gegen ihn?

Im Gegenteil. Liest man Chruschtschows Ungarn-Reden, so wird man die Zurückhaltung und Wortkargheit der "Volksstimme" ohne weiteres verstehen. Sie ist kein Zeichen der Gegnerschaft, sondern ein Liebesdienst, ein Zeichen der Sorge um seine Reputation. Denn was Chruschtschow in diesen Reden an Schimpfkanonaden und Geschmacklosigkeiten, Unterstellungen und Albernheiten aneinanderreichte, übertrifft alles Dargestandene und muß auch seine dienstfertigsten Verteidiger in Verlegenheit bringen.

Wir wollen hier nicht die Schimpfworte und Beleidigungen aufzählen, die Chruschtschow in einem Land, in dem er zu Gast war, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gegen ein drittes Land vom Stapel ließ, auch nicht die krankhafte Aufgeblasenheit, mit der er sich hier auf den Sockel des von der Konterrevolution gesprengten Stalin-Denkmal

stellte, dort neben einer Beethoven-Büste fotografieren ließ, seine Gastgeber und Begleiter in einem fort brüskierte usw. Wichtiger ist der politische Inhalt seiner Reden, von denen vier Kostproben genügen, um sich über den Redner ein Bild zu machen.

a) In MISKOLC bezeichnete sich Chruschtschow als ein Opfer des "Personenkults" und Stalins, über den er sagte:

"Wer immer noch Stalin will, kann ihn haben. Aber nur seine vermoderte Leiche."

Chruschtschow war unter Stalin bekanntlich Mitglied des engsten Führungskreises und überschlug sich damals in der Verherrlichung Stalins.

b) In KAZINCBARCIKA erzählte Chruschtschow, die KP Chinas, die größte kommunistische Partei der Welt, die in einem Land den Sozialismus aufbaut, in dem ein Viertel der Menschheit lebt, strebe einen Weltkrieg an, einen Atomkrieg noch dazu (obwohl bekannt ist, daß China nicht einmal Atombomben besitzt). Ohne an diesen Worten zu ersticken, sagte Chruschtschow:

"Die chinesischen Führer sagen, ein Krieg wäre nichtschlecht. Sie erzählen uns: wenn es Krieg gibt - na, und? Wenn auch eine Hälfte der Menschheit vernichtet wird, bleibt doch die andere übrig."

Da die KP Chinas angeblich der Sowjetunion rate, den Krieg anzufangen, müsse er, Chruschtschow, fragen:

"Mit welchem Land sollen wir beginnen?"

WIR KENNEN KEINEN NAMHAFTEN IMPERIALISTISCHEN POLITIKER, DER JE SO UNVERSCHÄMT UND PLUMP GEGEN EIN SOZIALISTISCHES LAND GEHETZT UND GELOGEN HÄTTE, WIE HIER CHRUSCHTSCHOW!

c) In derselben Rede verbreitete sich Chruschtschow darüber, wie er die Politik der USA und wie er die Politik Volkschinas einschätze. Das Ergebnis ist einfach: Die Regierung des größten imperialistischen Landes, der USA, beurteile die Weltlage real und nüchtern, die Regierung des größten sozialistischen Landes dagegen bestehe aus Abenteurern, denen es - wie Chruschtschow an anderer Stelle bemerkte - "an Gehirnschubstanz mangelt." Der amerikanische Präsident Johnson sei "vernünftig", die chinesischen Kommunisten aber "Idioten".

Hat es einen Sinn, Chruschtschow daran zu erinnern, daß die Moskauer Erklärung von 1960, die auch seine Unterschrift trägt, feststellt, daß "der amerikanische Imperialismus das Hauptbollwerk der Weltreaktion, der Weltgendarm, der Feind der Völker der ganzen Welt" ist, daß er das "Hauptbollwerk des modernen Kolonialismus", zum "größten internationalen Ausbeuter geworden", die "Hauptkraft der Aggression und des Krieges" in der Welt ist?

d) Das Dümme und Primitivste, das jemals über die sozialistische Revolution gesagt worden ist, tischte Chruschtschow den Arbeitern der Budapester Glühlampenfabrik auf, als er die revolutionären Parteien und Kräfte in der kommunistischen Bewegung mit dem "Argument" attackierte:

"Ihrer Meinung nach ist nur eine Sache wichtig: die Revolution. Aber die Menschen wollen einen hohen Lebensstandard, gute Schulen, Wohnungen, ein Ballett!"

Wenn diese Kommunisten von der "Weltrevolution" redeten, würden sich ihre Zuhörer "am Kopf kratzen und sagen: Wäre nicht ein gutes Gulasch besser?"

Prompt hat die großbürgerliche österreichische "Presse" ihren Bericht über diese Rede Chruschtschows, in der er auch über "Palatschinken und Topfengolatschen" sprach, mit der Schlagzeile versehen "GULYAS BESSER ALS WELTREVOLUTION" und in einem Kommentar erklärt, das müsse man in Hinblick zum Prüfstein der einen oder anderen Art des Kommunismus machen: ob sie sich zum Gulasch oder zur Weltrevolution bekennen!

Die "Presse" hat hinzugefügt, daß Chruschtschow hier den alten Revisionisten Bernstein nachredet. Wir sind keine Freunde Bernsteins. Aber hätte dieser wirklich so aufreizend primitiv argumentiert, wäre er wohl durch Gelächter getötet worden. Nein, Chruschtschow hat diesbezüglich kein Vorbild. Die Idee, Weltrevolution und Gulasch einander als zwei verschiedene Alternativen gegenüberzustellen, ist seine ureigenste Erfindung. Niemand hat das noch vor ihm gesagt.

MUSS MAN CHRUSCHTSCHOW WIRKLICH ERKLÄREN, DASS DIE ÜBERWÄLTIGENDE MEHRHEIT DER MENSCHHEIT NIEMALS ZU GULASCH, PALATSCHINKEN UND TOPFENGOLATSCHEN KOMMEN KANN, WENN SIE NICHT VORHER REVOLUTION MACHT? DASS HOHER LEBENSSTANDARD, GUTE SCHULEN, WOHNUNGEN UND EIN BALLETT FÜR ALLE - UND NICHT NUR FÜR WENIGE PRIVILEGIERTE - EBEN DIE WELTREVOLUTION VORAUSSETZT?

Auch von einer anderen Seite her wird dieser unlösbare und vor Chruschtschow für jeden politischen Anfänger selbstverständliche Zusammenhang klar. Vor uns liegt die April-Nummer von "Weg und Ziel", die auf Seite 251 einige Ziffern über die sowjetische Landwirtschaft veröffentlicht. Danach betrug die Getreideaufbringung in der Sowjetunion im Jahre 1963 bloß 44,8 Millionen Tonnen! "Diese Zahl ist um 11,8 Millionen Tonnen niedriger als die für 1962 und liegt um 24 Millionen Tonnen unter dem gesteckten Ziel."

CHRUSCHTSCHOW VERZICHTET AUF DIE WELTREVOLUTION UND VERSPRICHT DAFÜR MEHR GULASCH. INZWISCHEN HAT SEINE REVISIONISTISCHE POLITIK DER DESORGANISATION DER SOWJETISCHEN LANDWIRTSCHAFT DAZU GEFÜHRT, DASS DIE GETREIDEPRODUKTION INNERHALB EINES JAHRES UM MEHR ALS 20 PROZENT ZURÜCKFIEL UND KAUM ZWEI DRITTEL DES PLANS ERREICHTE.

Wenn Chruschtschow noch so viel vom Gulasch redet: die revisionistische Politik ist kein Weg zu ihm. So wie der "friedliche Weg" in Brasilien nicht zum Sieg des Sozialismus, sondern zum Sieg der Konterrevolution führte, so führt die Gulaschideologie in der Sowjetunion zur Brotknappheit.

AUF GEFÄHRLICHEN WEGEN

=====

Mit Recht nahm die "Volksstimme" am 27. März gegen die in Goebbels-Manier inszenierte Provokation der westdeutschen Behörden Stellung, die einer "gefährlichen kommunistischen Verschwörergruppe" auf die Spur gekommen sein wollen, die - mit Hilfe von außen natürlich - entsetzliche Sabotagepläne ausgeheckt hätte und deren wichtigste "Rädelsführer" man glücklicherweise rechtzeitig ausgeforscht bzw. festgenommen habe. Ganz "zufällig" fiel der Zeitpunkt der Entdeckung dieser angeblichen Verschwörung mit dem Moment zusammen, in dem die verbotene KPD neue Versuche machte, ihre Legalität zu erreichen.

Doch nicht nur in der Heimat der deutschen Industriebarone, sondern auch im volksdemokratischen Ungarn wurde in diesen Tagen eine gefährliche "Verschwörung" aufgedeckt. Auch hier handelt es sich um Kommunisten, auch hier behauptet man, sie sei "von außen her" gelenkt und finanziert, auch ihre "Rädelsführer" konnten glücklicherweise rechtzeitig unschädlich gemacht werden. Sogar der "Zufall" spielte auch hier seine Rolle: Die Verschwörung wurde wenige Tage vor dem Besuch Chruschtschows in Ungarn aufgedeckt und "zerschlagen".

Wie die "Presse" schrieb, habe es sich um eine "Stalinistengruppe" gehandelt, die "prochinesisches und scharf antisowjetisches Propagandamaterial" verteilt habe. Ihr Führer, der ungarische Stalinpreisträger Sandor NAGY, sei bereits seit mehreren Tagen in Haft. Der "Kurier" berichtete kurz danach über eine Rede, die der ungarische Ministerpräsident KADAR gehalten hatte und in der es heißt:

"Wenn manche Genossen glauben, nach der letzten Amnestie politischer Gefangener seien die Gefängnisse zu leer, so könnte man diesen Zustand ja eventuell ändern."

Da die Meldungen der bürgerlichen Presse erfahrungsgemäß mit Vorbehalt aufzunehmen sind, hat die "ROTE FAHNE" in dieser Angelegenheit Nachforschungen unternommen. Sie ergaben, daß es in Ungarn tatsächlich zu Verhaftungen gekommen ist.

DER GRUND FÜR DIESE VERHAFTUNGEN WAR DIE VERBREITUNG VON MATERIALIEN AUS DER REVOLUTIONÄREN KOMMUNISTISCHEN WELTBEWEGUNG, INSBESONDERE DER KOMMENTARE DER CHINESISCHEN KOMMUNISTEN ZUM OFFENEN BRIEF DES ZK DER KPDSU!

Man muß diese Nachricht mehreremal lesen, um ihre ganze Tragweite zu begreifen:

SIE BEDEUTET, DASS IN UNGARN, IN EINEM LAND, IN DEM DIE "POLITISCHE AUFLÖSUNG", DER "NEUE KURS", DIE ALLGEMEINE "FREIHEIT" UND "DEMOKRATIE", DIE DIE REVISIONISTEN VERKÜNDEN, ANGENEHM BESONDERS WEIT FORTGESCHRITTEN IST, DIE VERBREITUNG BESTIMMTER DOKUMENTE UND STELLUNGSNAHMEN AUS DER KOMMUNISTISCHEN WELTBEWEGUNG VERBOTEN UND UNTER STRAFSANKTION GESTELLT IST!

Sie bedeutet, daß man in Ungarn Marxisten-Leninisten, die an unseren altbewährten Prinzipien festhalten, entweder zum Verzicht auf eine Tätigkeit zwingen will, die sie nicht einmal während des faschistischen Systems eingestellt haben, ODER SIE VOR DIE NOTWENDIGKEIT STELLT, SICH ILLEGAL ZU ORGANISIEREN!

Vor kurzem hat eine extrem antikommunistische österreichische Zeitung erfreut geschrieben, daß mehr als drei Viertel der Forderungen der ungarischen Konterrevolutionäre von 1956 inzwischen erfüllt wurden. Will man jetzt auch noch das letzte Viertel erfüllen? Hat die Konterrevolution nun doch gesiegt? Machen die Leute von Chruschtschows Gnaden jetzt allmählich das, was die Konterrevolution 1956 auf einmal zu erreichen suchte?

Es hat in der ersten Entwicklungsperiode der ungarischen Volksdemokratie eine Reihe von Prozessen und Verurteilungen gegeben. Da es offensichtlich starke Kräfte gab, die daran interessiert waren, sind zweifellos auch manche Unschuldige unter die Räder gestoßen worden. Daß jedoch die entscheidenden Prozesse ihre Berechtigung hatten, ist angesichts der Entwicklung der letzten Jahre klarer denn je!

Offensichtlich sind heute in Ungarn die Hintermänner und Gesinnungsbrüder jener an der Macht, die die ungarische Arbeitermacht seinerzeit unschädlich zu machen versuchte. Das geht schon daraus hervor, daß faktisch alle früher Verurteilten "rehabilitiert", dekoriert und zu "Märtyrern" erklärt wurden. Wenn man jetzt aber damit beginnen will, jene einzusperren, die dem Marxismus-Leninismus die Treue halten, dann soll man doch aufhören, von "Demokratisierung" und "Humanisierung", von "Freiheit" und "Friedlichkeit" zu reden!

Wir haben in den letzten Tagen viele Diskussionen mit Genossen geführt - auch über die Vorfälle in Ungarn. Und wir haben erlebt, wie kommunistische Aktivisten, die seit Jahrzehnten für den Sozialismus kämpfen, nachdenklich innehielten und sich fragten: Was wäre, wenn wir jetzt auch in Österreich schon die Volksdemokratie hätten? Müßten wir die "Rote Fahne" dann illegal herstellen und verbreiten? Würden wir dann vielleicht sogar eingesperrt, weil wir nach Kräften dafür sorgen, daß unter unseren Genossen auch die uns einleuchtenden Auffassungen der chinesischen, indonesischen, albanischen, vietnamesischen, nordkoreanischen und anderen Kommunisten verbreitet werden?

WELCHE UNVORSTELLBARE TRAGIK KOMMT IN EINER SOLCHEN-
NAHELIEGENDEN - FRAGE ZUM AUSDRUCK! WELCHE ENTSETZLICHE
KATASTROPHE, WENN ES SO WEIT KOMMEN KONNTE!

Die in Ungarn begonnenen Repressalien gegen kämpferische Marxisten-Leninisten sind somit nicht nur ein Schlag gegen die Arbeitermacht in diesem Lande, sondern SCHLIMMSTE SABOTAGE AN DER SACHE DES KAMPFES FÜR VOLKSDEMOKRATIE UND SOZIALISMUS ÜBERHAUPT! Kadar ist mit seinem Begrüßungsgeschenk für Chruschtschow allen in den Rücken gefallen, die in Österreich und anderswo für den Sozialismus kämpfen. Verrat ist ein hartes Wort - wo darf man es anwenden, wenn nicht hier?

Dennoch glauben wir nicht, daß wir es im bürgerlichen Österreich leichter haben als unsere Genossen im volksdemokratischen Ungarn. So wie die Antikommunisten heute Chruschtschow loben und gegen Volkschina hetzen, so beginnen auch wir immer stärker die Stacheln des bürgerlichen Staates zu spüren, mit dem sich die Revisionisten so eifrig aussöhnen. Bei der Kranzniederlegung für Stalin hat man uns nicht einmal das Abspielen von ein paar Schallplatten gestattet. Eine Einladung, die der Herausgeber der "ROTEN FAHNE" an einen namentlich festgelegten Kreis von Leuten versandte, wurde für "beschlagnahmt" erklärt, weil sie nicht als "Flugblatt" vorgelegt worden war und ein Gerichtsverfahren wurde eingeleitet. Und eine Sendung von Broschüren, um die die Redaktion der "ROTEN FAHNE" die KP Chinas ersucht hatte und die prompt gesandt wurde, liegt seit Ende Jänner auf dem Zollamt und kann nicht behoben werden, weil sich drei österreichische Ministerien, die sich mit diesem "Fall" beschäftigen, noch immer nicht zur Erteilung einer Einfuhrgenehmigung entschließen konnten. Und das, obwohl wir sogar bereit waren, dem verdächtig an Zensur gemahnenden Ansinnen Rechnung zu tragen, Musterexemplare dieser Broschüren einzureichen!

Sichtlich macht die von den Revisionisten angestrebte Annäherung zwischen Ost und West im Falle von Österreich und Ungarn ihre Fortschritte. Die Wahrheit wird sich dennoch durchsetzen und der Marxismus-Leninismus wird dennoch triumphieren - hier wie dort.

Über die Grenzen hinweg grüßen wir alle ungarischen Marxisten-Leninisten, die Mitglieder derselben Weltbewegung sind wie wir und deren Hervortreten uns ein neuer Beweis dafür ist, daß der revolutionäre Kommunismus auch in den Ländern, die Chruschtschow zu seiner Hausmacht rechnet, weiter lebt und wirkt.

F.St.

ZUR SUSLOW-REDE

=====

Am 3. April veröffentlichte die sowjetische "PRAWDA" den Text einer fünfstündigen Rede Michail SUSLOWS, die - in der Form eines konzentrierten Angriffs gegen die Politik des sozialistischen China - zu den Differenzen in der kommunistischen Weltbewegung Stellung nimmt. Die besondere Bedeutung der Suslow-Rede ergibt sich nicht nur aus der Vielzahl von Verdrehungen, Entstellungen und Irrtümern, die sie enthält, sondern vor allem daraus, daß sie offensichtlich dazu bestimmt ist, als "theoretische" Plattform eines revisionistischen Generalangriffs gegen die revolutionäre Politik sowohl der KP Chinas als auch aller anderen Parteien, Gruppierungen und Kräfte zu dienen, die nach wie vor unverrückbar an den marxistisch-leninistischen Prinzipien festhalten. Aus den gegenwärtig von den modernen Revisionisten allorts organisierten "Zustimmungskundgebungen" zu dieser Rede wird diese Absicht genügend deutlich.

Die "ROTE FAHNE" wird sich, sobald der volle Text der Suslowschen Rede vorliegt, in geduldiger Argumentation damit auseinandersetzen.

TOGLIATTI, RUSK UND DIE JUGOSLAWISCHEN ARBEITER

Ein Verdienst

"Die Schwierigkeiten, die durch den Bruch von 1948 entstanden waren ... zwangen dazu, alle Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung auf neue Art zu erforschen und auszunützen, sowohl im Lande selbst, als auch in den internationalen Beziehungen. Im Ergebnis mußte das Zusammenwirken dieser Faktoren zu einem erfolgreichen Beschreiten eines neuen Weges beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft führen. Und wir müssen den jugoslawischen Genossen dieses Verdienst zuerkennen ... Wenn man sie beschuldigt, etwas Neues in der Theorie und Praxis des Kampfes für den Sozialismus gefunden zu haben, so ist dies eine Schuld, die wir alle mehr oder weniger auf uns nehmen müßten, wenn wir weiterkommen wollen."

(Togliatti: Reise nach Jugoslawien. "Volksstimme",
26. Februar 1964)

... an dem sie verdienen ...

"Unsere Handelspolitik gegenüber kommunistischen Ländern ist ein integrierender Bestandteil unserer Gesamtpolitik gegenüber dem internationalen Kommunismus ... der Handel ermöglicht uns, einen gewissen Einfluß auf die Evolution der Politik und der Einrichtungen in Osteuropa auszuüben ...

Jugoslawien illustriert die Anwendung dieser allgemeinen Politik. Die USA und andere Westmächte unterstützten Jugoslawien durch beträchtliche militärische und wirtschaftliche Hilfe. Von dauerhafterer Bedeutung war, daß sie Jugoslawien die westlichen Absatzmärkte und Bezugsquellen öffneten ... Als Ergebnis wickelt sich jetzt der jugoslawische Handel zu mehr als 70 % mit dem Westen ab. Die Entfaltung fruchtbarer Wirtschaftsbeziehungen zum Westen hilft Jugoslawien, sich von sowjetischen Modell der Wirtschaft und Politik loszulösen. Zugleich mit seinen großzügigen Maßnahmen zur Dezentralisierung der Wirtschaft hat Jugoslawien viele marktwirtschaftliche Elemente entwickelt ... Im Laufe der Jahre hat das jugoslawische Beispiel die Kräfte des Nationalismus und der Unabhängigkeit in den osteuropäischen Ländern gestärkt. Unsere Politik, Jugoslawien auf besondere Weise zu behandeln, hat gute Dividenden getragen."

(Außenminister Dean RUSK vor dem außenpolitischen
Ausschuß des amerikanischen Senats am 13. März 1964)

... und für das die jugoslawischen Arbeiter bezahlen

"Die ÜBERWÄLTIGENDE MEHRHEIT DER ANGESTELLTEN UND ARBEITER SIND EMPÖRT ÜBER DIE UNSTABILEN PREISE, INSBESONDERE ÜBER DAS BESTÄNDIGE ANSTIEGEN DER LEBENSMITTELPREISE."

(Das jugoslawische Gewerkschaftsblatt "RAD" in einem
Bericht über die Ergebnisse einer Umfrage,
8. Februar 1964)

OSTERMARSCH FÜR FRAGWÜRDIGE ZIELE

=====

Von einigen unserer Freunde haben wir Anfragen erhalten, ob sie sich an dem "Ostermarsch für Frieden und Abrüstung" beteiligen sollen, der am Sonntag nach Ostern stattfand. Wir haben den Genossen wie folgt geantwortet:

Die Grundbedingung einer wirklich breiten Massenbewegung, die Menschen der verschiedensten Klassenzugehörigkeit, politischen Bindung und Weltanschauung erfassen soll, ist eine Zielsetzung, die wirklich für alle Beteiligten akzeptabel ist, die ihre gemeinsamen Interessen und Wünsche ausdrückt, sie vereinigt und nicht trennt.

Beim Ostermarsch ist das leider nicht der Fall. Es geht nicht um die Tatsache, daß sich unter den rund 50 Persönlichkeiten, die das Patronanzkomitee des Ostermarsches bilden, kein einziger konsequenter Marxist befindet, sondern darum, daß die beiden Hauptparolen, in deren Zeichen der Marsch stattfindet, den Interessen eines wirklichen und wirkungsvollen Kampfes gegen die Kriegsgefahr widersprechen.

Unter den vier Parolen, die die Veranstalter aufgestellt haben, lautet die erste: "Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen". Diese Parole ersetzt ganz offensichtlich die Forderung nach völligem Verbot der Anwendung und Herstellung der Atomwaffen, sowie der restlosen Vernichtung aller Atomwaffenlager, die bisher die Hauptforderung der Friedensbewegung war. Da im ganzen Forderungsprogramm des Ostermarsches vom Verbot der Atomwaffen überhaupt nicht mehr die Rede ist, bekennen sich die Veranstalter offenbar zu dem sogenannten "Atomschirm" einiger Großmächte bzw. zu deren Atommonopol, auf das gestützt diese sich faktisch als Herren der Erde aufspielen. Es ist völlig klar, daß sich mit so einer sektiererischen Haltung die überwältigende Mehrzahl der Völker und Staaten der Erde nicht einverstanden erklären kann.

Wir Kommunisten sind der Meinung, daß die Atomkriegsgefahr nicht von der Zahl von Atomwaffenbesitzern abhängt, sondern davon, in wessen Händen sich diese Waffen befinden. Wir verhehlen nicht, daß wir den Weltfrieden umso gesicherter wissen, je weniger imperialistische und je mehr sozialistische Länder im Besitz von Atomwaffen sind. Umgekehrt ist der Weltfrieden ernstlich gefährdet, wenn das volkreichste sozialistische Land der Welt, das bei weitem größte Volk der Erde überhaupt, daran gehindert werden soll, eine atomare Verteidigung zu entwickeln, während imperialistische Staaten, vor allem Westdeutschland, ihre Atombewaffnung in kaum noch verhüllten Formen betreiben und dabei von den USA unterstützt werden. Dennoch verstehen wir, daß dieser unser Standpunkt, auch wenn er richtig ist, einer breiten Massenaktion für den Frieden nicht zugrundegelegt werden kann. Wir verlangen das auch nicht -

MUSSEN ABER UNSERERSEITS AUCH VON DEN ANDEREN VERLANGEN,
DASS SIE AN UNS NICHT FORDERUNGEN STELLEN, DIE WIR NICHT
ERFÜLLEN KÖNNEN.

Der Ausweg aus dem Dilemma kann nur die Forderung nach dem allgemeinen und vollständigen Verbot der Atomwaffen überhaupt

sein, niemals aber die Verteidigung des noch bestehenden Atommonopols einer bestimmten Kräftegruppierung.

An zweite Stelle setzen die Veranstalter des Ostermarsches die Forderung nach "Beitritt aller Länder zum Teststop-Vertrag". Um den trennenden und daher sektiererischen Charakter dieser Forderung zu erkennen, genügt es, daran zu erinnern, daß sich 5 von 13 sozialistischen Ländern aus gewichtigen Gründen geweigert haben, dieses Abkommen zu unterstützen, das nur einen Tarnvorhang darstellt, hinter dem die Atomgroßmächte die gegenwärtig für sie interessantesten (nämlich unterirdischen) Versuche fortsetzen können.

Wir sind der Meinung, daß eine Demonstration für so fragwürdige Forderungen keinen echten Beitrag zur Verständigung der Völker, zur internationalen Entspannung und damit zur Sicherung des Weltfriedens darstellt.

DIE REDAKTION

Für die technische Verbesserung der "ROTEN FAHNE":

NICHT NACHLASSEN!

=====

Nach dem ermutigenden Echo, das unsere in der Nr. 10 veröffentlichte Bitte fand, unsere Leser mögen der "ROTEN FAHNE" durch eine außertourliche finanzielle Unterstützung die Möglichkeit einer dringend notwendigen technischen Verbesserung geben, hat auch der Versand der Nr. 11 wieder eine erfreuliche Zahl von Spenden ausgelöst. In der letzten Woche hat es aber leider nur mehr "getröpfelt", während einige von revolutionärer Ungeduld erfüllte Genossen bereits fragten, ob wir nicht bald "so weit" seien und uns sogar schon Karikaturen und Bilder zur Veröffentlichung sandten.

Nein, Genossen, wir sind noch nicht "so weit". Wir sind trotz aller Spendenfreudigkeit nicht einmal noch bei der "Hälfte". Wir müssen Euch daher bitten, nicht nachzulassen und neue Anstrengungen zu unternehmen. In einigen Fällen haben Genossen aus eigener Initiative Sammlungen im Freundeskreis durchgeführt und uns dann das Ergebnis als kollektive Spende übersandt. Vielleicht ist das ein Weg, den unsere Aktivisten auch anderswo beschreiten sollten?

WIE MAN WIRKSAM FÜR DEN FRIEDEN KÄMPFT

=====

(Das japanische Volk gibt ein Beispiel)

Die während zweier Tage in SHIZUOKA (Japan) abgehaltene Konferenz für Frieden in Asien war eine in hohem Maße repräsentative Versammlung. Etwa 7.900 Delegierte, die Friedensorganisationen in 46 Präfekturen und in Okinawa vertraten, wohnten ihr bei. Sie nahm eine Generalresolution, sechs andere Resolutionen und einen Aufruf an das japanische Volk an. Die Generalresolution stellt fest, daß alle Teilnehmer an der

Konferenz ihre Entschlossenheit verdoppelt haben, in enger Zusammenarbeit mit anderen asiatischen Völkern jede Anstrengung im Kampf gegen die zunehmende Spannung in Asien zu unternehmen, die von den US-Imperialisten und anderen Kriegstreibern geschaffen wird. Mit Nachdruck weist sie darauf hin, daß es eine lebenswichtige Aufgabe für die Friedensbewegung ist, jene falsche Politik zu bekämpfen, die die Aufmerksamkeit vom Kampf gegen den US-Imperialismus ablenkt.

Als unmittelbare Ziele der japanischen Friedensbewegung wurden erklärt:

EINSTELLUNG der japanisch-südkoreanischen „Gespräche“;

VERHINDERUNG des Anlaufens japanischer Häfen durch US-Atom-U-Boote;

ERZWINGUNG des Abzuges der F-105-D-Kampfbomber und aller US-Truppen aus Japan;

FORDERUNG der Rückgabe von OKINAWA und der OGASAWARA-Inseln an Japan;

VERHÜTUNG einer Verfassungsänderung;

FORDERUNG nach sofortiger Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu China und VERSTÄRKUNG vereinter Aktionen, um den US-Imperialisten entgegenzutreten.

Die anderen Resolutionen, die verabschiedet wurden, betrafen:

- 1) Stärkung der Solidarität mit den anderen asiatischen Völkern;
- 2) Aufruf an die Völker, am 28. April vereinigte Aktionen für die Rückgabe von OKINAWA an Japan durchzuführen; +)
- 3) Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes des südvietnamesischen Volkes und Widerstand gegen die Benutzung japanischer Basen für die US-Aggression in Süd-Vietnam;
- 4) Abhaltung der 10. Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben in größerem Maßstab als dem der bisherigen neun Weltkonferenzen;
- 5) Kampf für die Durchsetzung der in einer gemeinschaftlichen Erklärung von 25 führenden japanischen Persönlichkeiten geforderten Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu China;
- 6) Sofortige Wiederaufnahme der Aktivität des Nationalen Rates gegen den japanisch-amerikanischen "Sicherheits-Vertrag".

Der Aufruf an das japanische Volk, der von der Konferenz angenommen wurde, appelliert an das gesamte japanische Volk, in enger Zusammenarbeit mit dem antiimperialistischen Kampf, der sich in allen Teilen Asiens erhebt, entschlossen für die Vertreibung der US-Imperialisten aus Japan zu kämpfen.

Das japanische Volk begann seine derzeitige große Kampagne des Anti-US-Kampfes mit den großen Demonstrationen vom 26. Jänner im US-Militärstützpunkt YOKOTA. Seitdem sind immer wieder Berichte von dieser kämpferischen Kampagne in der Presse erschienen. Als Vorbereitung zu den Friedenskonferenzen im März wurden Versammlungen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Spendenaktionen im ganzen Lande unternommen. Zwischen Mitte Jänner und Anfang Februar wurden allein in der Präfektur SHIZUOKA 20 Massensammlungen veranstaltet. Am 27. Februar wurde in Tokio ein "1. März (Bikini-Tag)-Tokio-Meeting" abgehalten. In KYOTO

+) Zu diesem Thema bringt die "ROTE FALHNE" an anderer Stelle einen besonderen Artikel.

fanden am 1. und am 10. März große Demonstrationen statt.

Alle diese Massenbewegungen demonstrieren anschaulich die Entschlossenheit des japanischen Volkes, sich mit den anderen Völkern Asiens im Kampf mit dem Ziel zu vereinigen, den US-Imperialismus aus Japan und aus Asien zu vertreiben.

SIND UNSERE KLASSIKER VERALTET?

=====

In der Diskussion um die Frage, ob die vom ZK unserer Partei seit einiger Zeit verfolgte Linie revisionistisch ist oder nicht, begegnet man bei den Verfechtern dieser Linie immer wieder einer Argumentation, die - fast wörtlich - folgendermaßen lautet:

- 1) Hört doch endlich mit dem Zitieren der Klassiker des Marxismus-Leninismus auf! Mit Zitaten kann man alles beweisen.
- 2) Eure Zitate sind veraltet. Sie hatten ihre Gültigkeit zur Zeit, als sie geschrieben wurden. Die Verfasser kannten aber damals nicht das Neue, das seither eingetreten ist und dem wir in unserer Politik Rechnung tragen müssen."

Ihre Abneigung gegen das Zitieren hindert aber jene, die so argumentieren, nicht daran, sich schließlich selbst irgend eines Zitates zu bedienen, um die Übereinstimmung ihrer Ansichten mit den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus zu beweisen. Mißlingt ihnen auch dieser Beweis, so gelingt ihnen doch ein anderer: der Beweis, daß man "mit Zitaten alles beweisen kann" - wenn man sie verstümmelt, aus dem Zusammenhang reißt und ihnen einen Sinn unterschiebt, der dem Sinn des ganzen Werkes, dem sie entnommen sind, widerspricht.

Ein typischer Fall dieser Art ereignete sich an einem Diskussionsabend in Wien-Favoriten, wo über das Thema "Staat, Revolution, Reform" diskutiert wurde. In Beantwortung der Feststellung eines Diskussionsredners, daß schon der Begriff "strukturelle Reform" den Grundlehren des Marxismus-Leninismus widerspricht, weil Reformen im bürgerlichen Staat ja nur den Zweck und die Wirkung haben sollen, durch Zugeständnisse an das Proletariat die gesellschaftliche Struktur zu erhalten und nicht, sie zu verändern, zitierte Genosse Fürnberg aus Lenins Werk "Der 'linke' Radikalismus - die Kinderkrankheit im Kommunismus" folgende Stelle:

"Aus alledem ergibt sich für die Vorhut des Proletariats, für seinen klassenbewußten Teil, für die kommunistische Partei die unbedingte Notwendigkeit, zu lavigieren, zu paktieren, Kompromisse mit verschiedenen proletarischen Gruppen, mit verschiedenen Parteien der Arbeiter und kleinen Besitzer zu schließen."

Mit diesem Zitat glaubte Genosse Fürnberg, jedes Lavieren und Paktieren, jedes Kompromiß als "unbedingte Notwendigkeit" entschuldigen zu können. Er hätte sich die Sache noch leichter machen können, wenn er den bei Lenin unmittelbar anschließenden Satz weggelassen hätte. Dieser lautet:

"Es kommt nur darauf an, zu verstehen, diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur Hebung und nicht zur Senkung des allgemeinen Niveaus, des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt."

Fürnberg hat diesen Satz zwar mitzitiert, aber dennoch nicht beachtet. Das ist aber die Grundfrage:

TRÄGT DIE DERZEITIGE LINIE UNSERES ZK ZUR HEBUNG ODER ZUR SENKUNG DES ALLGEMEINEN NIVEAUS DER ARBEITERKLASSE BEI?

Man sehe sich in der Partei um und wird die unwiderlegbare Antwort haben.

Interessant war in diesem Zusammenhang, wie Fürnberg auf die Frage eines anderen Diskussionsredners reagierte, der im wesentlichen die revisionistischen Auffassungen der Frischauer-Gruppe vertrat und sinngemäß sagte:

"Ich will meine Kinder zu Kommunisten erziehen. Kann ich ihnen dann heute noch die Lektüre der Klassiker des Marxismus-Leninismus empfehlen? Könnte ich ihnen zum Beispiel heute noch Lenins 'Staat und Revolution' zu lesen geben? Müßte ich ihnen nicht dazu sagen: das ist zwar ein grundlegendes Buch des Marxismus-Leninismus, aber es ist veraltet, es hat auf Grund der neuen Verhältnisse seine Gültigkeit eingebüßt?"

Auf diese von ihm selbst herausgeforderte Frage antwortete Fürnberg mit keiner Silbe. Er übergang sie einfach! Was hätte er auch antworten können?

Fürnberg konnte von der Lektüre der Werke unserer Klassiker natürlich nicht offen abraten. Andererseits wollte er sie offensichtlich auch nicht gerade empfehlen. Warum? Weil sie veraltet sind? Oder nicht eher deshalb, weil sie heute von neuer Aktualität sind? Uns scheint das "Neue" unserer Zeit eben diese besondere Aktualität, zu der die "neue" Linie unseres Zentralkomitees den Standardwerken unserer Klassiker verholpen hat.

Wirken die nachfolgend angeführten Zitate aus Lenins "Staat und Revolution" nicht so, als ob sie den heutigen Theoretikern unseres ZK auf den Leib geschrieben wären?

"Wir sind für die demokratische Republik als die für das Proletariat unter dem Kapitalismus beste Staatsform, aber wir dürfen nicht vergessen, daß auch in der allerdemokratischsten bürgerlichen Republik Lohnsklaverei das Los des Volkes ist. Jedweder Staat ist eine besondere Repressionsgewalt gegen die unterdrückte Klasse. Darum ist ein jeder Staat unfrei und kein Volksstaat." (Seite 18)

"Wir haben davon gesprochen ... daß die Lehre von Marx und Engels von der Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution sich auf den bürgerlichen Staat bezieht. Dieser kann durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) nicht auf dem Wege des Absterbens abgelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution." (Seite 19)

"Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in diesen und gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der ganzen Lehre von Marx und Engels zugrunde. Der Verrat an ihrer Lehre durch die heutzutage vorherrschenden Strömungen des Sozialchauvinismus und Kautskyanismus (heute: des modernen Revisionismus, Anm.) kommt besonders plastisch darin zum Ausdruck, daß der eine wie der andere diese Propaganda, diese Agitation vergessen haben." (Seite 20)

"Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischennist ohne gewaltsame Revolution unmöglich." (Seite 20)

"Hier (im "Kommunistischen Manifest") haben wir die Formulierung einer der bedeutsamsten und wichtigsten Ideen des Marxismus in der Frage des Staates, nämlich die Idee der 'Diktatur des Proletariats' (wie Marx und Engels nach der Pariser Kommune sich auszudrücken begannen), ferner eine höchst interessante Definition des Staates, die gleichfalls zu den 'vergessenen Worten' des Marxismus gehört: 'Der Staat, d.h. das als herrschende Klasse organisierte Proletariat.' Nicht nur, daß diese Definition des Staates niemals in der herrschenden Propaganda- und Agitationsliteratur der offiziellen sozialdemokratischen Parteien erläutert worden ist (was heute auch für die Publikationen des ZK unserer Partei gilt, Anmerkung). Mehr als das. Sie ist direkt vergessen worden, da sie mit dem Reformismus (auch mit dem "strukturellen", Anmerkung) völlig unvereinbar ist, da sie den landläufigen opportunistischen Vorurteilen und kleinbürgerlichen Illusionen über eine 'friedliche Entwicklung der Demokratie' ins Gesicht schlägt." (Seite 22)

"Von dieser kapitalistischen Demokratie - die unvermeidlich eng ist, die sich die Armen in stillen von Leibe hält und daher durch und durch heuchlerisch und verlogen ist - führt die weitere Entwicklung nicht einfach, geradeswegs und glatt, 'zu immer größerer Demokratie', wie die liberalen Professoren und kleinbürgerlichen Opportunisten die Sache darzustellen pflegen." (Seite 81/82)

"In der Broschüre (Lenin spricht hier von einer Broschüre Kautskys und nicht von Fürnbergs "Kommunismus in der Welt von heute", Anm.) ist überall von der Eroberung der Staatsgewalt die Rede, weiter nichts, d.h. es ist eine Formulierung gewählt, die den Opportunisten entgegenkommt, da sie die Eroberung der Macht ohne eine Zerstörung der Staatsmaschinerie zuläßt." (Seite 101)

"Kautsky (es könnte ebensogut Fürnberg, Marek etc. heißen, Anmerkung) wird nichts übrigbleiben, als die von ihm 'geliebte' Einheit mit den Scheidemännern, den Plechanow und Vandervelde (den Pittermann, Mollet, Nonni usw., Anmerkung) zu verwirklichen, die alle bereit sind, für eine 'den Proletariat entgegenkommende Regierung' zu kämpfen... Kautsky (Fürnberg usw., Anmerkung) wird die angenehme Gesellschaft der Legien, David usw. (Pittermann, Mollet, Nonni usw., Anmerkung) teilen müssen, die alle durchaus bereit sind, für eine 'Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Staatsgewalt', für die 'Gewinnung der Mehrheit im Parlament und die Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung' zu kämpfen - ein hochedles Ziel, an dem für die Opportunisten alles akzeptabel ist, bei dem alles im Rahmen der bürgerlichen parlamentarischen Republik bleibt." (Seite 112)

Hat man bei diesen Textstellen nicht wirklich den Eindruck, Lenin habe sie geschrieben, nachdem er die jüngsten Artikel von Marek und Muhri in "Weg und Ziel" oder die Broschüre Fürnbergs gelesen hat? Nun, hat Lenin das auch nicht lesen, so hat er es, wie sich zeigt, treffend widerlegen können und gebührend verspottet. Das "Neue", das die Revisionisten heute propagieren, ist eben nur eine Neuauflage dessen, was sich schon vor 50 Jahren als "neu" gebärdete - der alte unmarxistische, unleninistische Revisionismus.

Wir haben nur einige wenige Stellen aus Lenins "Staat und Revolution" zitiert. Das ganze Buch müßte heute Pflichtlektüre jedes Menschen sein, der Wert darauf legt, Kommunist genannt zu werden.

"DIES ALLES IST NAHEZU VOR EINEM HALBEN JAHRHUNDERT GESCHRIEBEN WORDEN; HEUTE MUSS MAN GEWISSERMASSEN AUSGRABUNGEN MACHEN, UM DEM BEWUSSTSEIN DER BREITEN MASSEN DEN UNVERFÄLSCHTEN MARXISMUS NAHE ZU BRINGEN!"

Sogar dieser letzte Satz stammt wortwörtlich aus Lenins "Staat und Revolution"! Es ist aktueller denn je. Und aktueller und notwendiger denn je ist es heute, die uns nahestehenden Menschen wieder zum Lesen unserer Klassiker zu erziehen.

A.F.

DEN BETRIEBEN - AUS DEN BETRIEBEN - AUS DEN BETRIEBEN - AUS DEN BETRIEBEN - AU

UBER DIE "MITBESTIMMUNG"

=====

(Von einem Betriebsrat)

Die "Mitbestimmung" ist in letzter Zeit zu einem geflügelten Wort geworden. Verknüpft wird dieses Schlagwort mit der "neuen Situation". Betrachtet man das Ganze aber nüchtern, so bleibt nichts übrig als die alte Absicht, den Arbeitern Illusionen zu machen und sie für Dinge einzuspannen, die auf Abwege führen.

Fragt man, wie die Mitbestimmung erreicht und ausgebaut werden soll, so ist die einfache Antwort des SP-Funktionärs: "Na, wir müssen nur stärker werden, dann können wir im Parlament schön langsam mehr und mehr durchsetzen."

Nach der SP ist die Mitbestimmung schon da, man muß sie nur noch stärker zur Geltung bringen. Die Interessen der Arbeiter sollen so nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes durchgesetzt werden, sondern durch **Verhandlungen am grünen Tisch**.

Solche Vorstellungen sind für die Arbeiter äußerst gefährlich. Sie wurden bereits in der Ersten Republik verkündet. Dabei sind die reaktionären Unternehmerkreise immer stärker geworden, bis sie so stark waren, die Organisationen der Arbeiter liquidieren zu können.

Wir Kommunisten dürfen dem Gerede von der "Mitbestimmung" keinesfalls auf den Leim gehen. Vor allem muß klargestellt werden, daß der Begriff "Mitbestimmung" irreführend ist.

WIR ARBEITER WOLLEN UND MÜSSEN BESTIMMEN, IN JEDER HINSICHT, NICHT BLOSS "MITBESTIMMEN"!

Außerdem: Wo und wie sollen die Arbeiter denn mitbestimmen, ohne auf das SP-Gleis der "Sozialpartnerschaft" zu kommen? Mitbestimmen heißt doch, daß zwei „Sozialpartner“ da sind: der

Unternehmer, der bestimmt, und die Arbeiter, die mit ihm mitbestimmen dürfen, wobei die Betonung auf dem Wort "mit ihm" liegt. Wir Kommunisten haben aber immer gesagt, daß die "Sozialpartnerschaft" ein Betrug ist und daß wir die Herren Unternehmer überhaupt nicht brauchen.

Es gibt Leute, die behaupten, wenn man die "Mitbestimmung" als einen Teil der "Sozialpartnerschaft" bezeichnet, wende man sich auch gegen die Arbeit unserer Betriebsräte, setze man den Wert des Betriebsrätegesetzes herab usw. Aber da wird etwas verkannt: die Arbeiter haben sich ihre Errungenschaften - darunter das Betriebsrätegesetz - ja er kämpft, in vielen harten Auseinandersetzungen, um es als Waffe im Kampf um die Rechte der Arbeiter zu verwenden, nicht aber als Weg zur "Mitbestimmung". Die Betriebsräte sind keine Organe der "Mitbestimmung", sondern Organe des Klassenkampfes der Arbeiter gegen die Unternehmer.

Wo soll denn ein Betriebsrat "mitbestimmen"? Was macht er, wenn er bei der Aufstellung einer Kündigungsliste herangezogen wird? Was macht er, wenn der Unternehmer "nachweist", daß mehr geleistet werden muß, um die "Rentabilität" zu sichern? Tritt der Betriebsrat da etwa als Antreiber auf? Glauben die Verfechter der "Mitbestimmung" vielleicht, daß der Betriebsrat schon mitbestimmen darf, bevor es Schwierigkeiten gibt?

Für uns muß klar sein, daß in den entscheidenden Fragen, in den Fragen der Preisgestaltung, des Gewinns usw., die Unternehmer nichts mitbestimmen lassen. In allen wesentlichen Fragen konnten sich die Arbeiter immer nur im Kampf durchsetzen und daran hat sich nichts geändert.

Sollen wir Kommunisten vielleicht warten, bis wir im Parlament stark genug sind, um dann mitbestimmen zu können - als Partner irgend einer Regierungskoalition? Wenn wir so etwas wollen, dann unterscheidet uns wirklich nichts mehr von der SP. Warum sollen die Leute aber dann zu uns kommen, statt gleich zur SP zu gehen?

Nicht der Kampf um eine sozialpartnerische "Mitbestimmung" ist für uns heute notwendig, sondern wir müssen den Arbeitern klarmachen, daß es Zeit wird, daß sie bestimmen und die Unternehmer verschwinden.

Wir müssen die Fäulnis der kapitalistischen Wirtschaft aufzeigen, nicht uns mit ihren Folgen belasten. Wir dürfen den Arbeitern keine Flaunen in den Kopf setzen, sondern sie zum Kampf erziehen. Wir müssen ihnen deutlich sagen, daß es allein mit Mandaten im Parlament oder mit Sitzen in Aufsichtsräten nicht getan ist und daß sie beim "mitbestimmen" nur eingewickelt und ausgebeutet werden. Dann werden sie begreifen, daß es keinen andern Weg für sie gibt als den des harten Klassenkampfes.

DEM PARTEILEBEN - AUS DEM PARTEILEBEN - AUS DEM PARTEILEBEN - AUS DEM PARTEILEBEN

EINE BEMERKENSWERTE INITIATIVE DES GENOSSEN DR. WALTER FREUDMANN
=====

Genosse Dr. Walter Freudmann, seit Jahrzehnten einer der bekanntesten kommunistischen Ärzte, Verfasser des 1947 erschienenen Buches "Tschai Lai! (Erhebt Euch!) - Ein Arzt erlebt China", hat auf der am 4. April stattgefundenen Bezirkskonferenz von Wien-Favoriten eine nachahmenswerte Initiative ergriffen und den folgenden Antrag eingebracht:

"DIE HEUTIGE BEZIRKSKONFERENZ BESCHLIESST, DASS DIE VON DEN PARTEISTELLEN ERFOLGTE VERURTEILUNG UND VERBOTSERKLÄRUNG DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN ZEITSCHRIFT "ROTE FAHNE", SOWIE DER GEGEN IHREN HERAUSGEBER, GENOSSEN FRANZ STROBL, AUSGESPROCHENE PARTEIAUSSCHLUSS RÜCKGÄNGIG GEMACHT WERDEN SOLLEN, DA DIESE MASSNAHMEN FÜR DIE PARTEI SCHÄDLICH SIND UND DEN GRUNDSÄTZEN DES MARXISMUS-LENINISMUS WIDERSPRECHEN."

Einen tiefen Einblick in die innerparteiliche Demokratie in der KPÖ gewährt die Begründung, die Genosse Walter Freudmann seinem Antrag hinzufügte. Wir entnehmen ihren Text den Materialien, die den Delegierten der Bezirkskonferenz übergeben wurden:

"Die Notwendigkeit einer marxistisch-leninistischen Zeitschrift ergibt sich daraus, daß, wie ich mich durch eigene Erfahrung überzeugen mußte, eine sachliche Diskussion in der Parteipresse nicht mehr zugelassen wird. Dreimal habe ich an "Weg und Ziel" einen Artikel über Jugoslawien geschickt, den ich jeweils entsprechend den mir von Gen. MAREK in zwei Antwortbriefen vorgeschlagenen Änderungen gekürzt und geändert habe. Aber der Artikel ist nicht erschienen und meine dritte Einsendung ist sogar ohne jede Antwort seitens der Redaktion von "Weg und Ziel" geblieben. Und das nur deshalb, weil ich in meinem Artikel einen Standpunkt vertreten habe, der dem von keinem internationalen Forum widerrufenen und daher heute unverändert gültigen Standpunkt der Moskauer Deklaration der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien vom Jahre 1960 über die jugoslawischen Revisionisten entspricht. Als ich nach längerem Warten keine Antwort von "Weg und Ziel" oder von Gen. MAREK erhielt, entschloß ich mich, mich an die oberste Instanz unserer Partei zu wenden und von dieser Hilfe in der Angelegenheit zu erbitten. Ich schrieb also am 12. Juli vorigen Jahres an das Zentralkomitee, teilte den gesamten Sachverhalt mit und legte meinem Briefe Abschriften meiner drei Artikel und der beiden Antwortbriefe von Gen. MAREK bei. Ich wies auf die durch das Auftreten Frischauers erhöhte Gefahr des Revisionismus innerhalb unserer Partei hin, sowie auf die weitgehende Ähnlichkeit der von Frischauer vertretenen Anschauungen mit denen der jugoslawischen Revisionisten und daß deshalb eine gründliche Diskussion über Jugoslawien für uns in Österreich besonders wichtig und notwendig ist. Ich richtete sodann an das ZK eine formelle Beschwerde darüber, daß die Redaktion eine sachliche Diskussion über Jugoslawien nicht zugelassen hat und ersuchte gleichzeitig, daß dies in der nächsten Nummer der Zeitschrift nachgeholt werden möchte.

AUF DIESES VON MIR IM JULI v.J. AN DAS ZK UNSERER PARTEI GESCHICKTE SCHREIBEN HABE ICH NIE EINE ANTWORT ODER AUCH SONST IRGEND EINE REAKTION ERHALTEN!

Auch von der Bezirksleitung unseres Bezirkes, der ich mit gleicher Post von der Absendung meines Briefes an das ZK Mitteilung machte, habe ich keine Nachricht erhalten.

Damit hatte ich mich unmittelbar davon überzeugen müssen, daß mit der Unmöglichkeit, in der Parteipresse zu Wort zu kommen, der demokratische Zentralismus in unserer Partei zu existieren aufgehört hat. Es gibt keine Möglichkeit, eine eigene Meinung, die zudem noch dem Standpunkt der Moskauer Deklaration aller kommunistischen Parteien entspricht, in der Parteipresse zu vertreten; die oberste Parteinstanz, das ZK, stellt sich taub gegenüber einer in aller Sachlichkeit an sie herangebrachten Beschwerde! Es gibt also keine Möglichkeit, mußte ich erkennen, gegen Anschauungen, die mir auf Grund meiner marxistischen Überzeugung als irrig und revisionistisch erscheinen, die aber in der Parteipresse positiv vertreten werden, aufzutreten!

WIE - SO BEGANN ICH MICH NUN IMMER MEHR ZU FRAGEN - KANN MAN GEGEN DEN IMMER MEHR ÜBERHAND NEHMENDEN ANSTURM REVISIONISTISCHER ANSCHAUUNGEN, DER SICH JA BEKANNTLICH NICHT NUR AUF DIE JUGOSLAWISCHE FRAGE, SONDERN AUF VIELE GRUNDSÄTZLICHE FRAGEN UNSERER THEORIE UND PRAXIS ERSTRECKT, ANKÄMPFEN, WENN EINE DISKUSSION IN DER PARTEIPRESSE UNMÖGLICH GEMACHT WIRD?

Eine brennende und drängende Frage, die sich natürlich nicht nur für mich, sondern offenbar vor jeden Genossen stellte, sobald er sich der bestehenden ernstesten Problematik bewußt geworden ist.

Es war nur natürlich und verständlich, daß ich es in dieser Situation aus tiefstem Herzen begrüßte, als ich von dem Erscheinen einer marxistisch-leninistischen Zeitschrift Kenntnis erhielt, die unter dem Namen "ROTE FAHNE" die marxistisch-leninistischen Traditionen unserer Partei fortsetzt, die im Rahmen unserer Parteipresse heimatlos geworden sind.

Die Aufrechterhaltung der gegen die "ROTE FAHNE" und ihren Herausgeber, Gen. F. Strobl, ergriffenen Repressivmaßnahmen würden unsere Partei endgiltig dem Revisionismus ausliefern, während die Widerrufung dieser Maßnahmen ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur Gesundung der Partei bedeuten würde."

Wir nehmen nicht an, daß Genosse Walter Freudmann ernstlich hoffen konnte, daß sein vorstehender Antrag auf der Konferenz eine Mehrheit finden würde. Gäbe es einen so allgemeinen Widerstand gegen den Revisionismus in der Partei, hätte es mit ihr wohl nicht so weit kommen können. Umso höher schätzen wir es daher, daß der Antrag bei einem Teil bekannter Aktivisten und Funktionäre Zustimmung fand, obwohl die ZK-Leute ihre ganze Autorität einsetzten, um eine "einheitliche" Ablehnung zu erreichen. Der Antrag des Genossen Walter Freudmann hat das Augenmerk einer der größten und wichtigsten Wiener Bezirksorganisationen auf ein Problem gelenkt, das - ob es die Revisionisten wollen oder nicht - nicht nur auf der Tagesordnung bleiben, sondern immer größeren Widerhall finden wird.

Die "ROTE FAHNE" wird über den übrigen hochinteressanten Verlauf der Favoritner Bezirkskonferenz in der nächsten Nummer einen ausführlichen Bericht bringen.

ZUR LAGE IN DER OBERÖSTERREICHISCHEN LANDES- ORGANISATION

=====

Die folgenden Auszüge aus dem Bericht, den die in Oberösterreich eingesetzte heimliche Kommission des Polbüros des ZK erstattete, veröffentlichen wir, weil sie trotz der Bezeichnung dieses Berichtes als streng „vertraulich“ lediglich Dinge betreffen, die bei unseren Genossen nur allzu bekannt sind und neuerlich demonstrieren, daß der revisionistische Kurs die Tätigkeit der Partei lähmt und untergräbt.

"Es ist nichts geschehen, um dem großen Soldatentreffen in Linz entgegenzutreten."

"Festgestellt wurde ein starker Rückgang der Aktivität im Kampf um die Erhaltung des Friedens."

"Es muß festgestellt werden, daß es uns bei den jetzt durchgeführten Betriebsratswahlen nicht gelungen ist, unsere Positionen zu halten."

"Der ideologische Zustand der Partei ist im wesentlichen der gleiche wie in den anderen Bundesländern." (Von 430 Funktionären beziehen nur 59 das theoretische Organ der Partei, 304 haben nicht einmal noch die bescheidenste Parteischule besucht. Anmerk.d.Red.)

"Die Tätigkeit der Wohnorganisationen der Städte ist fast ausschließlich mit der Erledigung innerorganisatorischer Aufgaben ausgefüllt. Die Folge davon ist eine sehr starke Isolierung dieser Organisationen."

"Aus der Analyse der Mitgliederbewegung ergibt sich, daß die Verluste unter den jungen neugeworbenen Mitgliedern größer sind als es dem allgemeinen Durchschnitt entspricht. Die vor einigen Jahren geschaffenen Gruppen junger Kommunisten sind nicht mehr vorhanden."

"In der Tätigkeit der Bezirksleitungen als Körperschaft ist in den letzten Jahren eine gewisse Stagnation eingetreten."

"Die Landesleitung umfaßt zirka 60 Mitglieder. Es nehmen durchschnittlich weniger als 30 Genossen an den Sitzungen teil. Einige waren noch bei keiner oder nur bei den ersten Sitzungen anwesend. In den vergangenen ein bis eineinhalb Jahren ist die Teilnahme der Genossen aus den Betrieben zurückgegangen. Die freigestellten Funktionäre der Partei bilden oft die Mehrheit bei den Sitzungen, und zwar in einem Ausmaß, daß dieser unleidliche Zustand Anlaß zur Kritik gab."

WARUM WIRD, NACH DEM MERKWÜRDIGEN VORGEHEN BEI DER EINSETZUNG UND ARBEIT DER POLBÜROKOMMISSION, NUN AUCH IHR BERICHT WIE EIN GEHEIMDOKUMENT BEHANDELT? ES HEISST DOCH IMMER, DASS EINE WIRKLICHE BESEITIGUNG VON FEHLERN UND SCHWÄCHEN NUR MÖGLICH IST, WENN MAN SIE OFFEN AUFDECKT UND NICHT VERSTECKT!

AMERIKAHILFE FÜR ENGLAND

=====

Allein im Jahre 1963 beschlagnahmten die britischen Zollbehörden 511.457 pornographische Bücher und Bilder, welche amerikanische Firmen nach England versandt hatten.

DIE GENOSSEN MOLOTOW, MALENKOW UND KAGANOWITSCH
AUS DER KPdSU AUSGESCHLOSSEN!

Still und leise, wie die Diebe in der Nacht, haben - wie jetzt aus dem Referat SUSLOWS ersichtlich wird - die Revisionisten vor einiger Zeit die drei alten Bolschewiki W.M. MOLOTOW, G.M. MALENKOW und L.M. KAGANOWITSCH aus der KPdSU ausgeschlossen, zu deren bekanntesten und verdientesten Führern sie jahrzehntelang gehörten. Alle drei gehörten jenem leitenden Kern an, unter dessen Führung der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion durchgeführt und der Sieg über den Hitlerfaschismus errungen wurde.

Genosse MALENKOW war in der letzten Lebensperiode Stalins dessen unmittelbarer Mitarbeiter. Auf dem 19. Parteitag der KPdSU, 1952, hielt er das Hauptreferat. Nach Stalins Tod wurde er sowjetischer Ministerpräsident. Nach seiner Erklärung zum "Parteifeind" sandte ihn Chruschtschow als Direktor eines Kraftwerks nach Asien.

Genosse KAGANOWITSCH war während der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution einer der vom ZK beauftragten Organisatoren des Aufstands, hatte dann führenden Anteil an der sozialistischen Industrialisierung der UdSSR und war lange Zeit Erster Stellvertretender Ministerpräsident der Sowjetunion.

Genosse MOLOTOW ist der bedeutendste noch lebende Vertreter jener "alten Garde", die die Oktoberrevolution zum Sieg führte. Im Oktober 1917 war er Mitglied des Revolutionären Militärkomitees des Petrograder Sowjets, das den eigentlichen Stab des Aufstands bildete und unter unmittelbarer Führung Lenins stand. Seit Gründung der bolschewistischen "PRAWDA", die jetzt in einem Nebensatz seinen Ausschluß erwähnt hat, war er ihr Mitarbeiter, zeitweilig ihr Chefredakteur. Anfang der Dreißigerjahre wurde Genosse Molotow Ministerpräsident der Sowjetunion und am Vorabend des 2. Weltkrieges trat er an die Spitze der sowjetischen Außenpolitik, von deren kluger Leitung damals Leben oder Tod des Sowjetstaates abhing. In den schwierigsten Jahren ihrer Geschichte war Genosse Molotow der Repräsentant der prinzipienfesten, friedliebenden, aber im Notfall auch energisch zupackenden Außenpolitik des ersten Staates der Arbeitermacht. Es war eine Spekulation auf die unerhörte Popularität Molotows im sowjetischen Volk, daß Chruschtschow sich noch auf dem 20. Parteitag der Lüge bediente, auch Molotow sei ein "Opfer Stalins" und habe schwer unter dem "Stalinschen Terror" zu leiden gehabt. Nicht lange danach wurde Molotow freilich in die Mongolei (als Botschafter) abgeschoben, die Chruschtschow dabei mit dem ihm eignen Taktgefühl zu einer Art Strafkolonie erklärte.

MÖGEN DIE REVISIONISTEN UND VERRÄTER VOM SCHLAGE CHRUSCHTSCHOWS DIE ALTEN BOLSCHEWIKI AUCH AUS DER PARTEI AUSSCHLIESSEN - SIE SPRECHEN DAMIT LEDIGLICH ÜBER SICH SELBST DAS URTEIL.

EIN VORBILDLICHES VOLKSGESUNDHEITSGESETZ IN ALBANIEN

Mit Beginn des heurigen Jahres ist in sozialistischen Albanien ein neues Volksgesundheitsgesetz in Kraft getreten, das auch nach sozialistischen Begriffen einzigartig ist. Das Gesetz gewinnt seine besondere Bedeutung nicht nur aus der Tatsache, daß es den gesamten Gesundheitsdienst unter die Leitung des Staates stellt und die ärztliche Hilfe kostenlos gewährt, sondern auch daraus, daß es diese kostenlose ärztliche Hilfe ausnahmslos der gesamten albanischen Bevölkerung, ja sogar allen in Albanien beruflich tätigen ausländischen Staatsbürgern zuteil werden läßt!

Noch vor kurzer Zeit war Albanien aus der Sicht des Österreichers ein entsetzlich rückständiges, unentwickeltes Land. Heute kann dem albanischen Volk die österreichische Gesetzgebung auf dem Gebiet des Gesundheitsdienstes als rückständig und unentwickelt im Vergleich zu dem erscheinen, was es sich selbst bereits erkämpft hat.

FÜNF JAHRE DEMOKRATISCHE REFORMEN IN TIBET

Zur Feier des 5. Jahrestags der Niederschlagung des Aufstandes der reaktionären Oberschichten und des Beginns der demokratischen Reformen in Tibet sprach der Vorsitzende des Autonomen Gebietes Tibet, PAN-CHEN ERDENI, über die erreichten Erfolge. Wie er mitteilte, ist seither die landwirtschaftliche Produktion um 50 Prozent, der Viehbestand um 30 Prozent erhöht worden bei gleichzeitiger Einführung des Systems der gegenseitigen Hilfe, einer Keinform der genossenschaftlichen Produktion. In Tibet entwickelt sich jetzt auch eine bodenständige Industrie und macht die Elektrifizierung rasche Fortschritte. In den Städten existieren bereits Mittelschulen, 40.000 Schüler gehen in die Grundschulen. Die Zahl der Spitäler und Gesundheitsdienststellen wurde vervierfacht.

Mehr als 12.000 Tibetaner sind heute an der Verwaltung ihres autonomen Gebietes beteiligt, wobei alle Funktionäre der unteren Verwaltung noch vor wenigen Jahren Leibeigene oder Sklaven waren. Invalide Menschen und alte Leute ohne Verwandte erhalten Unterstützungen aus einem eigenen Regierungsfonds. Die Vagabundage hat aufgehört.

Der Bürgermeister der Hauptstadt Tibets, LHASA, berichtete über die Fortschritte in dieser Stadt. Obwohl Lhasa auch Hauptstadt der feudalen Leibeigenenbesitzer und Aristokraten Tibets war, war es früher überaus arm und ungemein schmutzig. In den vergangenen fünf Jahren sind nun alle Straßen erneuert, viele neue gebaut und ist eine Kanalisation geschaffen worden. Die ganze Stadt besitzt jetzt elektrisches Licht. Die Arbeitslosigkeit ist beseitigt. In allen Stadtbezirken gibt es Ambulatorien. 85 Prozent der Kinder besuchen die Schulen. Die 2000 Handwerker der Stadt sind in Kooperativen zusammengeschlossen.

DER BEWAFFNETE BEFREIUNGSKAMPF PORTUGIESISCH-GUINEAS

Amilcar CABRAL, der Generalsekretär der Afrikanischen Unabhängigkeitspartei von Portugiesisch-Guinea, teilte in einem Interview für das algerische Wochenblatt "Afrikanische Revolution" mit, daß die Volksbefreiungstruppen jetzt bereits 40 % des Landes kontrollieren und im übrigen Teil verschiedene Kampfformen gegen die portugiesischen Kolonialisten anwenden. Die revolutionären bewaffneten Kräfte, die durch das Politische Büro der Unabhängigkeitspartei geführt werden, bestehen aus der Armee und den Einheiten der Volksmiliz in den befreiten Gebieten, sowie aus den Guerillatruppen in den anderen Landesteilen. Alle Führer der Partei, auch jene aus den noch nicht befreiten Gebieten, kamen kürzlich zu einem Treffen zusammen, auf dem die bisherigen Kampferfahrungen, die Strategie und

Probleme der befreiten Gebiete erörtert wurden.

DIE MASSENBEWEGUNG GEGEN DIE SÜDKOREANISCHEN MARIONETTEN

In den letzten Märztagen fanden in ganz Südkorea mächtige Studentendemonstrationen gegen die südkoreanisch-japanischen "Gespräche" statt, die das Ziel haben, Südkorea wieder den japanischen Imperialisten auszuliefern. In der Hauptstadt SEOUL veranstalteten die Studenten Massendemonstrationen vor den Regierungsgebäuden und zogen trotz eines Massenaufgebots faschistischer Polizei vor die Residenz des Chefs der Marionettenregierung PAK JUNG HUEI. 4000 schwerbewaffnete Polizisten konnten die Studenten nicht daran hindern, vor das Gebäude der sogenannten "Nationalversammlung" zu ziehen, indem sie den Polizeikordon durchbrachen und vor dem Gebäude eine Sitzdemonstration durchführten. Allein in SEOUL beteiligten sich 20.000 Studenten und Patrioten an den Demonstrationen. In CHUNGJOO veranstalteten 5.600 Studenten in Hof des Gebäudes der Provinzregierung einen Sitzstreik, forderten das Erscheinen des Gouverneurs und die sofortige Rückberufung des südkoreanischen Beauftragten bei den "Gesprächen" in Japan. In KWANGJOO demonstrierten 5000 Studenten unter Rufen wie "Bis zum Tod sind wir gegen die erniedrigende Politik gegenüber Japan!" In PUSAN dauerten die Strassendemonstrationen mehr als drei Tage. Die Mitglieder der Vereinigung der Opfer des Kampfes gegen SYNGHMAN RHEE im Jahre 1960 trugen einen mit ihrem Blut geschriebenen Aufruf des Inhalts:

"Kampf den verräterischen Gesprächen mit Japan!"

Anderer Losungen lauteten:

"Schluß mit der Quisling-Diplomatie!"

"Fort mit den verbrecherischen Kapitalisten! Aufbau des nationalen Kapitals!"

"Für sofortige Enthaftung der verhafteten Studenten!"

Diese machtvollen Demonstrationen bedeuten einen schweren Schock für die amerikanischen Imperialisten, die Südkorea besetzt halten und die eigentlichen Drahtzieher bei den japanisch-südkoreanischen "Gesprächen" sind.

DIE JAPANISCH-SOWJETISCHE VEREINIGUNG GEGEN DEN DREIER-VERTRAG

Am 7. September 1963 hatte die sowjetische Vereinigung für Freundschaft mit Japan die Japanisch-Sowjetische Vereinigung in Tokio um Unterstützung des Dreiervertrags über das teilweise Atomtestverbot ersucht. In ihrem Antwortschreiben vom 8. Februar 1964 teilte nun die Japanisch-sowjetische Gesellschaft mit, daß sie dieses Ersuchen nach eingehender Diskussion einmütig abgelehnt habe. Die Vereinigung betonte gleichzeitig, sich für ein Abkommen über das sofortige, bedingungslose und vollständige Verbot der Atomwaffen, ihrer Erzeugung, Erprobung und Lagerung einzusetzen, das mit Hilfe des Dreiervertrags zu umgehen versucht wird.

DIE "AZ" UND DIE JUGOSLAWISCHE WIRTSCHAFT

Unter dem Titel "Die Preise steigen - 40 % der Beschäftigten in Existenznot" schrieb die "Arbeiterzeitung" vom 2. April über die ernste Wirtschaftslage in Jugoslawien:

"In Slowenien hat es in den letzten Tagen Proteste und Arbeitsniederlegungen wegen der steigenden Lebenshaltungskosten gegeben. Die Existenz von mehr als 40 % aller Beschäftigten - ihr Monatseinkommen liegt unter 25.000 Dinar - ist gefährdet, stellte die jugoslawische Bundesvollversammlung (31. März) fest. Die wirtschaftliche Situation Jugoslawiens erfordert eine Überprüfung des gesamten Wirtschaftssystems." Besonders der Umstand, daß die "Fonds der Unternehmen" gering sind und sinken, scheint der "Arbeiterzeitung" bedenklich.

Man dürfte nicht fehl gehen, wenn man die von der "AZ" angedeutete "Überprüfung des gesamten Wirtschaftssystems" in Jugoslawien als Umschreibung der Absicht erkennt, bei der Wiederherstellung des kapitalistischen Systems in Jugoslawien eine neue Etappe zu beginnen, wobei man versuchen wird, die angeblich zu kleinen "Fonds" (d.h. der Profite der Unternehmen!) wesentlich zu vergrößern.

Deutlicher ausgedrückt: die Profite der Manager und Direktoren sollen erhöht werden, was aber natürlich zu einem weiteren Anwachsen der Teuerung führen würde.

Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen der Fürnberg und Kodicek, welche die richtigen Feststellungen der Moskauer Erklärung von 1960 über die Lage in Jugoslawien hinwegreden möchten, wird es immer klarer, daß Jugoslawien unter der revisionistischen Herrschaft immer tiefer in Gestrüpp der kapitalistischen Anarchie versinkt - mit allen ihren Begleiterscheinungen wie Teuerung, sinkendem Lebensstandard und Arbeitslosigkeit auf der einen, immer neuen Methoden der Bereicherung einer dünnen Schicht von Direktoren und Managern auf der anderen Seite.

STRIP-TEASE IN PRAG

Unter diesem Titel und dem sinnigen Untertitel "Es wird entstalinisiert - bis auf die nackte Haut" brachte das "Wiener Wochenblatt" am 29. Februar einen "großen Bildbericht" aus dem Prager Nachtlokal "ALHAMBRA" der selbst abgebrühte Besucher "kapitalistischer" Nachtlokale aufhorchen und einen Wochenendausflug nach Prag überlegen lassen dürfte. In dem dazugehörigen Bericht heißt es u.a.:

"In weitläufigen staatlichen Nobelpalast 'Alhambra' entledigt sich eine Dame auf der Bühne ihrer Hüllen - und wenn sie mit ihrem Strip fertig ist, schreitet aus einer kleinen Uhr, mit der sie ihre entscheidende Blöße deckt, der Kuckuck."

Über die "Künstlerin", die das Vielfache eines Fabrikarbeiters verdient, schreibt das Blatt genösigend:

"Vor elf Jahren, im Februar 1953, ging sie noch zur Schule. Damals starb Stalin, damals gabs Staats Trauer. Damals erzählte man ihr in der Schule von den großen prinzipiellen Unterschieden zwischen den Lebensformen dies- und jenseits der Grenze - jetzt lächelt sie den Funktionären zu, die gekommen sind ..."

Man komme uns hier nicht mit dem Argument, daß das "Wochenblatt" ein Tratschblatt, reaktionär usw. sei, denn die Tatsache, über die es hier berichtet, kann nicht bestritten werden. Auch die Begründung, es gehe hier nur um die Moneten devisenstarker Ausländer, die zahlen und sich im übrigen in Prag "wie daheim" fühlen sollen, kann nicht akzeptiert werden. Die Beträge, die auf diese Weise ins Land kommen, sind viel zu gering, um irgendeine Bedeutung zu haben. Es geht um was anderes. Es geht darum, daß die Verletzung und Mißachtung der revolutionären Prinzipien durch die Revisionisten auch auf dem Gebiet der Kultur und der Moral verheerend wirkt und zu einem Westlertum führt, das selbst den Ausdrucksformen der "amerikanischen Lebensweise" schon seinen Tribut zollt.

DIE AMERIKANISCHEN NEGER WEHREN SICH

Nach einer kurzen Pause gehen die Massenbewegungen der amerikanischen Neger gegen das Rassenunrecht nun wieder voran. Nicht nur gegen die Verweigerung des Wahlrechts, gegen die Rassentrennung in Wohnhäusern, Schulen, Spitälern und Verkehrsmitteln, gegen berufliche Diskriminierung, sondern auch um gleiche Bildungsmöglichkeiten geht es jetzt. Und nicht nur Neger führen diesen Kampf; auch andere Bürger "zweiter Klasse" und sympathisierende Weiße beginnen sich anzuschließen.

Als Protest gegen die Rassentrennung im Unterricht boykottierten am 3. Februar eine halbe Million New Yorker

Schüler und Lehrer einen Tag lang den Unterricht.

Die Bewegung hat sich inzwischen auch auf Chicago, Boston, Cincinnati und Cleveland ausgebreitet.

Die direkten Aktionen im Süden haben ebenso zugenommen. An dem Tag, an dem die New Yorker die Schulen verließen, demonstrierten die Negerstudenten in Jackson, Mississippi, gegen einen Überfall, den ein Weisser auf eine Negerstudentin verübt hatte. Die Polizei eröffnete das Feuer auf die Studenten und schleuderte Tränengasbomben gegen sie. In Atlanta, Georgia, gingen Neger auf die Straße, um gegen die faschistische Tätigkeit des Ku-Klux-Klan zu kämpfen. In drei Tagen wurden 84 Neger wegen "unordentlicher Aufführung" verhaftet. Aber eine Versammlung der Männer des Ku-Klux-Klan, die über neue Wege beriet, Neger zu lynchen, erhielt Polizeiunterstützung und Polizei-

schutz. In Princess-Ann trotzten Negerstudenten des Maryland-State-College Polizeihunden und Feuerspritzen, um gegen Terror und Gewalt der Rassisten zu protestieren. Sie wurden unterstützt von Bewohnern des nahegelegenen Annapolis. Orangeburg und Chapel-Hill wurden ebenfalls Zeugen ähnlicher mutiger Massenaktionen. In Kentucky marschierten 10.000 Neger und Weiße vor das Staatskapitol, um ein Ende der Diskriminierung in den öffentlichen Einrichtungen zu fordern.

Am 24. März wurde bekannt, daß die Massenaktionen nunmehr auch auf Jacksonville, Florida, übergegriffen haben, wo von der Polizei mehr als 160 Verhaftungen vorgenommen wurden.

Um Weitergabe nach dem Lesen
bittet die
"ROTE FAHNE"

28. APRIL - OKINAWA-TAG

=====

Wie bereits berichtet, wandte sich die Japanische Friedenskonferenz von SHIZUOKA Anfang März d.J. an alle friedliebenden Völker und Menschen der Welt, den 28. April als Okinawa-Tag zu begehen. Friedliebende und fortschrittliche Organisationen aller Nationen werden an diesem Tag Demonstrationen, Kundgebungen und Zusammenkünfte veranstalten und Resolutionen annehmen oder überreichen, um im Dienste der Sicherung des Weltfriedens die Rückgabe Okinawas an Japan zu fordern.

Was ist nun eigentlich los mit Okinawa und was hat seine Rückgabe an Japan mit dem Weltfrieden zu tun?

Okinawa ist die bedeutendste der fünfundfünfzig Inseln, die mit 3,344 Quadratkilometern zusammen die Riukiu-Gruppe bilden und von ungefähr einer Million Japaner bewohnt werden. Die Inseln liegen in einem Bogen zwischen der südlichsten der vier großen japanischen Hauptinseln (Kjuschu) und - dem chinesischen Formosa. Die größte - Okinawa - liegt ziemlich genau in der Mitte zwischen beiden. All das ist wichtig.

Unbestritten gehörten die Inseln immer zum japanischen Stamm-land.

Der chinesisch-japanische Krieg von 1894/95 leitete die landräuberische Politik ein, durch die jene Kreise, die damals in Japan regierten, berüchtigt wurden. Dieser Krieg

führte dazu, daß Japan das chinesische Formosa gewaltsam und unrechtmäßig sich aneignete.

Es ist bekannt, welches Ausmaß die "Eroberungen" der damaligen japanischen Imperialisten schließlich annahmen. Aber es kam, wie es kommen mußte: der japanische Imperialismus wurde im Zweiten Weltkrieg vernichtend geschlagen. Er mußte die geraubten Gebiete wieder herausgeben.

In diesem Augenblick kam die ganze Infamie der imperialistischen USA zum Vorschein. Sie hintertrieben die Rückgabe Formosas an China, zu dem es in jeder Beziehung, historisch, geographisch und ethnologisch, rechtmäßig gehört, und lieferten es den konterrevolutionären Banditen Tschiang Kai-Scheks aus. Ihr Ziel war die Schaffung einer Basis für Subversion und Diversion, für den kalten und gegebenenfalls heißen Krieg gegen das sozialistische China.

Aber die US-Imperialisten gingen noch weiter. Sie benutzten den gerechten Kampf gegen den japanischen Imperialismus gleichzeitig zu einem Landraub am japanischen Volk. 1951 wurde in San Franzisko der Separatfrieden zwischen den USA und Japan geschlossen, dessen Bedingungen weder von der Sowjetunion noch von der Volksrepublik China akzeptiert werden. Man trennte darin ein Stück des japanischen Stammlandes ab. Die Riukiu-Inseln wurden ein "Treuhandgebiet" der Vereinten Nationen, die ihrerseits wieder die Vereinigten Staaten als "Treuhandverwalter" bestellten. Praktisch wurde dadurch ein Teil Japans in eine Kolonie der Vereinigten Staaten verwandelt.

Mit welchem Recht spielten sich die Vereinigten Staaten dort als Weltgendarm auf? Die Inseln liegen, wie erwähnt, zwischen Japan und China und China hat niemals bestritten, daß sie zu Japan gehören. Mit welchem Recht drängen sich die USA also als "Ordnungsstifter" dazwischen, wo es zwischen den beteiligten Völkern überhaupt keine Differenz gibt?

Die Errichtung der "Treuhandverwaltung" war offener Gewaltakt und ihre Aufrechterhaltung ein fortgesetztes Unrecht.

Den Vereinigten Staaten geht es selbstverständlich nicht um den geringfügigen wirtschaftlichen Nutzen, den die verhältnismäßig kleinen und fernen Gebiete ihnen bringen, sondern um deren strategische Bedeutung.

Die US-Imperialisten wollen sich damit nicht abfinden, daß die 650 Millionen Chinesen nicht mehr als Kulis für einen höheren Profit, sondern für sich selbst arbeiten. Darum brüten die US-Generäle im Pentagon abenteuerliche und lichtscheue Pläne aus, ob man nicht doch vielleicht "die guten alten Zeiten" mit Waffengewalt wieder zurückrufen könnte. In diesen Plänen spielt Formosa eine Hauptrolle und als Etappe, als Hinterland dieses konterrevolutionären Vorpostens, ist Okinawa von erstrangiger strategischer Bedeutung.

Okinawa ist nur ein Glied eines vielhundertarmigen Polypen. Aber dieses eine Glied ihm abschlagen, heißt ihn insgesamt schwächen. Dulden, daß er sich damit immer mehr und mehr

festsaugt, heißt zusehen, wie er die Umschlingung immer bedrohlicher, würgender, tödlicher gestaltet, um schließlich jene dunklen Absichten auszuführen, die er sich bisher noch nicht auszuführen getraute.

In diesem Sinne ist die Rückgabe Okinawas an Japan nicht nur ein Akt des Völkerrechts, sondern auch ein konkreter Schritt zur Schwächung der Kräfte des Krieges und zur Sicherung des Weltfriedens. Aus diesem Grunde sollen alle Freunde des Friedens dem Appell der japanischen Friedenskämpfer folgen und den 28. April in den Dienst der Forderung nach Rückgabe Okinawas an Japan stellen.

L.

WAS DIE "VOLKSSTIMME" SCHREIBT - UND WAS SIE VERSCHWEIGT

ABWERBUNG - IN DER "VOLKSSTIMME" GROSS GESCHRIEBEN

=====

Am 11. März veröffentlichte die "Volksstimme" eine aus Neu-Delhi datierte Meldung über eine Pressekonferenz, die dort von der Indien besuchenden sowjetischen Parlamentarierdelegation veranstaltet worden war. Der dieser Delegation angehörende Ministerpräsident der Kirgisischen Sowjetrepublik habe dabei, wie die "Volksstimme" berichtet, mitgeteilt, "daß bis vor kurzer Zeit sehr viele Bewohner der (chinesischen) Provinz SINKIANG wegen der schwierigen Lebensbedingungen (!) die Grenze zum benachbarten sowjetischen Gebiet überschritten haben. Alle, die herüberkamen, haben Arbeit bekommen und sind in jeder Beziehung den sowjetischen Bürgern gleichgestellt worden."

Dem unvoreingenommenen Leser drängen sich bei der Lektüre dieser Meldung unwillkürlich zwei Fragen auf:

1) Werden hier nicht die völkerrechtswidrigen Umtriebe, deren China die Sowjetunion angeklagt hat, von offizieller sowjetischer Seite bestätigt? Ist es nicht auffallend, daß diese Erklärung gerade in Indien abgegeben wurde, das vor fünf Jahren den konterrevolutionären Aufstand der tibetanschen Sklavenhalter inspiriert hat, sodann drei Jahre hindurch in einem fort Einbrüche in chinesisches Gebiet unternahm, jetzt in aller Öffentlichkeit mit Hilfe des Dalai-Lama die Lostrennung Tibets von China betreibt und bei all dem nicht nur von den amerikanischen und englischen Imperialisten, sondern auch von Chruschtschow mit Waffenhilfe unterstützt wurde und wird? Soll damit nicht den indischen Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzern augenzwinkernd gesagt werden: Macht nur so weiter! So wie ihr die Expansionspolitik des britischen Imperialismus geerbt habt, so nehmen auch wir die alte Politik des Zarenreichs wieder auf, das in "Ostturkestan" (wie die russischen und westlichen Imperialisten die chinesische Provinz Sinkiang damals nannten - zum Unterschied von der zaristischen Kolonie "Westturkestan", den heutigen Sowjetrepubliken Mittelasien) eines seiner nächstliegenden Eroberungsziele sah? Und schließlich: Worin liegt der Unterschied zwi-

schen dem Verhalten der kapitalistischen Regierung Österreichs zu den "armen Flüchtlingen" aus unseren sozialistischen Nachbarländern und dem dengeschilderten Verhalten der Sowjetregierung? Klingt die zitierte sowjetische Erklärung nicht beinahe wortwörtlich genau so wie die Nachrichten, die wir bis zum 13. August 1961 über die Abwerbepolitik Westdeutschlands gegenüber der DDR fast täglich zu lesen bekamen? Ja, erinnert uns das nicht auch an die "österreichische Legion" Hitlers?

2) Sind unsere Revisionisten von Chruschtschow so unter Druck genommen worden, daß sie nunmehr seinem Kommandostab in jeder kleinsten Einzelheit gehorchen müssen? Vor einigen Monaten haben sich noch Marek und andere Eintreiber des revisionistischen Kurses in unserer Partei mit ihrer angeblichen "Selbständigkeit" gebrüstet und zum Beweis dafür gerade das Argument ins Treffen geführt, daß sie die bössartigen Hetzmeldungen der sowjetischen Presse und Nachrichtenagenturen gegen Volkschina nicht übernehmen. Jetzt drucken sie schon alles ab, mag es auch noch so anrüchig sein. Das veranlaßt uns aber zu der bitterernsten Frage, ob die Parteiführung etwa den jahrzehntelangen Verleumdungen seitens der Kapitalisten und rechten SP-Führer rechtgeben will, die Kommunisten hängen an einem Moskauer Draht? Gewinnt man bei so serviler Nachäfferei doch tatsächlich den Eindruck, daß die Solidarität der KPÖ mit den sozialistischen Ländern nicht selbstverständlicher Ausdruck des proletarischen Internationalismus ist, sondern daß es sich um die Unterwürfigkeit von Abhängigen einer bestimmten Großmacht gegenüber handle? Welches Recht hat denn die "Volksstimme" überhaupt, sich in die Beziehungen zwischen zwei sozialistischen Ländern einzumischen? Will man uns vielleicht einreden, daß es der "Volksstimme" bei dieser antichinesischen Hetzmeldung um eine prinzipielle Frage gehe?

DA DEM DOCH ABER NICHT SO IST, BEDEUTET DAS ABGEHEN VOM INTERNATIONALISTISCHEN PRINZIP DER UNBEDINGTEN SOLIDARITÄT MIT ALLEN SOZIALISTISCHEN LÄNDERN, DEREN MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEIEN DEN REVOLUTIONÄREN PRINZIPIEN DER MOSKAUER DOKUMENTE VON 1957 UND 1960 TREU SIND, EIN OFFENES EINTRETEN FÜR DIE CHAUVINISTISCHE GROSSMACHPOLITIK CHRUSCHTSCHOWS,

das mit unserer Weltanschauung, mit unseren Prinzipien, Ideen und Zielen nicht das geringste zu tun hat!

K.

DOKUMENTE DER REVOLUTIONÄREN WELTBEWEGUNG - DOKUMENTE DER REVOLUTIONÄREN WELTBEWEGUNG - DOKUMENTE

AUS DEM APPELL ENGLISCHER MARXISTEN-LENINISTEN
AN ALLE MITGLIEDER IHRER PARTEI
=====

"Chruschtschow und seine Anhänger in der Führung der KPdSU haben sich einer Linie des offensichtlichen Verrates an den Interessen der Arbeiterklasse und aller arbeitenden Menschen zugewandt. Diese Linie steht im offenen Widerspruch zu den Deklarationen von 1957 und 1960, beschlossen von den Kommunistischen Parteien der ganzen Welt.

ANBIEDERUNG AN DEN IMPERIALISMUS!

Der verbrecherische Angriff gegen Stalin am 20. Parteitag der KPdSU eröffnete die revisionistische Kampagne zur Gewinnung der Kontrolle über die internationale kommunistische Weltbewegung. Sie ersetzte marxistische Theorien durch bürgerliche. Seitdem haben sich Chruschtschow und seine Anhänger in der ganzen Welt der offenen Konterrevolution genähert und betreiben eine offene Zusammenarbeit mit den USA und ihren Alliierten.

Wie sonst könnten wir uns die Tatsache erklären, daß Chruschtschow die lebenswichtige wirtschaftliche und militärische Hilfe an die Volksrepubliken China und Albanien eingestellt hat, die beide direkt von den Kapitalisten bedroht werden?

Wie sonst könnten wir uns die öffentlichen Beschimpfungen erklären, die Chruschtschow auf dem 22. Parteitag der KPdSU gegen Albanien und später gegen China gerichtet hat?

Wie sonst sollten wir uns die Abschaffung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion erklären, die Chruschtschow auf dem 22. Parteitag der KPdSU ankündigte, obwohl Lenin lehrte und alle folgenden Erfahrungen bestätigten, daß die Diktatur des Proletariats während der ganzen Periode des Überganges von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft notwendig ist?

Wie sonst könnten wir uns die wachsende Unterstützung erklären, die Chruschtschow Nehru und den indischen Kapitalisten zu einem Zeitpunkt zuteil worden läßt und liebt, da sie sich immer enger mit den amerikanischen Imperialisten verbanden und einen Angriff gegen das sozialistische China starteten und einen weiteren beabsichtigen?

Wie sonst können wir uns erklären, daß Chruschtschow KUBA im Interesse der USA zur Annahme einer UNO-Inspektion zwingen wollte, obwohl die ganze Welt weiß, daß als direkte Folge einer UNO-Intervention LUMUMBA ermordet und das kongolesische Volk seiner Freiheiten beraubt wurde?

Wie sonst sollen wir uns die Feststellung Chruschtschows erklären, daß er mit Tito keine wesentlichen Meinungsverschiedenheiten habe und derselbe Tito von den Imperialisten für geleistete Dienste 5000 Millionen Dollar erhielt?

Der Inhalt der Moskauer Deklaration bleibt auch in bezug auf Jugoslawien wahr! Die kommunistischen Parteien haben die jugoslawische Variante des internationalen Opportunismus, als eine Variante revisionistischer Theorien in konzentrierter Form, einhellig verurteilt. Nicht Titos Politik hat sich geändert, sondern die Chruschtschows.

DER ANTICHINESISCHE CHOR

In unserem eigenen Lande verleumdet die revisionistische Fraktion, die die KP Großbritanniens kontrolliert, alle jene, die die Prinzipien der Deklaration von 1960 hochhalten. Sie fügte Chruschtschows vulgären Beschimpfungen gegen die Albanische Partei der Arbeit ihren eigenen öffentlichen Angriff gegen die albanischen Genossen hinzu. In Jänner 1963 erfolgte ihr öffentlicher Angriff gegen die Kommunistische Partei Chinas. Im April wurden die chinesischen Genossen auf dem 28. Parteitag der KP Großbritanniens verleumdet und der Kongress durch eine Schwindelabstimmung zur Annahme der Jännerentscheidung gezwungen. Eine vorherige Diskussion in der Parteipresse wurde nicht zugelassen.

Ein führendes Mitglied der KP Großbritanniens, das auf einer Sitzung des Moskauer Frauenkongresses im Juni den Vorsitz führte, spielte eine erbärmliche Rolle, indem es eine Verunglimpfung der Chinesischen Volksrepublik

duldete und die chinesische Delegation daran hinderte, eine Antwort zu erteilen. In Juli griff die revisionistische Fraktion die KP Chinas an, als diese den Atomstop-Betrug bloßstellte. Es folgten dann eine Flut haßerfüllter Artikel in der Parteipresse und das Auftreten John GOLLANS in der Deklaration des Exekutivkomitees vom 18. September.

In typisch scheinheiliger Manier beglückwünschten sich darin die Revisionisten, weil sie in der Auseinandersetzung nicht so grobe Ausdrücke verwendet hatten, wie Chruschtschow, Thorez und Togliatti. Sie zogen die schlaue Andeutung der direkten Lüge vor. So äußerte sich Gollan in der Deklaration folgendermaßen:

"Der Knotenpunkt der Auseinandersetzung liegt in der Frage der sozialistischen Außenpolitik im Verhältnis zu den kapitalistischen Staaten. Ist die allgemeine Linie die friedliche Koexistenz oder der revolutionäre Krieg? Es ist die friedliche Koexistenz!"

Diese Bemerkung kann nur so gedeutet werden, daß man MAO TSE-TUNG und der Kommunistischen Partei Chinas die Absicht unterschieben will, die sozialistischen Staaten revolutionäre Kriege gegen die kapitalistischen führen zu lassen. Solche Versuche, unseren chinesischen Genossen eine Unterstützung des verderblichen Trotzkismus zu unterschieben, sind vielleicht weniger plump als die Methoden Chruschtschows, aber gerade deshalb umso gefährlicher.

Alle marxistisch-leninistischen Parteien setzen sich für die friedliche Koexistenz zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Ländern ein, aber sie weigern sich energisch, der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen unterdrückten und Unterdrückterklassen und zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen Geltung zukommen zu lassen.

Die chinesischen Genossen haben auf Grund objektiver Tatsachen in ihrem Brief vom 14. Juni 1963 folgenden richtigen Standpunkt eingenommen:

"Die verschiedenen Arten von Widersprüchen in der heutigen Welt konzentrieren sich in den riesigen Gebieten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas; hier sind die schwächsten Kettenglieder in der Herrschaft des Imperialismus und die wichtigsten Sturmszentren der Weltrevolution, von denen aus gegenwärtig direkte Schläge gegen den Imperialismus geführt werden ... In einem gewissen Sinne hängt deshalb die ganze Sache der internationalen proletarischen Revolution letztlich von den revolutionären Kämpfen der Völker in diesen Gebieten ab."

Schon wir uns an, wie John Gollan die Bedeutung dieser Erklärung verdreht hat. Er schreibt:

"Diese Propaganda ermutigt die reaktionärste Richtung des rassistischen Separatismus und stellt eine nichtmarxistische klassenlose Analyse dar, die die Nationen in besitzende und nichtbesitzende einteilt."

Hier wird MAO TSE-TUNG und der Kommunistischen Partei Chinas unterschoben, daß sie rassistischen Ideen Vorschub leisten und gegen die weißen Völker Rassenunterstützung mobilisieren.

Derartige Verleumdungen können nur auf ihre Fabrikanten zurückfallen; sie entlarven sie als Männer, denen Prinzipien, die Wahrheit und der Marxismus abhanden gekommen sind.

ZUSAMMENARBEIT MIT DEM MONOPOLKAPITAL

In Verbindung mit der internationalen Diskussion schreibt John Gollan zu unseren eigenen Bedingungen in Großbritannien:

"Der 'britische Weg zum Sozialismus' zeigt die Richtigkeit der marxi-

stischen These, daß die Staatsgewalt aus den Händen der Kapitalisten in die Hände des Volkes gelegt werden muß; daß die Arbeiterklasse ihre Macht benutzen muß, um die wirtschaftliche Macht der herrschenden Klasse durch die sozialistische Nationalisierung, und die politische Macht durch die Umwandlung der Staatsmaschine in eine dem Volke dienende, zu beseitigen ... diese Prinzipien können zwischen Marxisten-Leninisten kein Gegenstand der Debatte sein."

Aber John Gollan lügt absichtlich, wenn er das schreibt, denn er weiß nur zu gut, daß die Marxisten immer die Meinung vertraten, daß die bürgerliche Staatsmaschine nicht erobert und umgeformt werden könne, sondern daß man sie zerschlagen muß.

Aus diesem Grundsatzirrtum ergibt sich die falsche, wirklichkeitsfremde Linie, die die KP Großbritanniens eingeschlagen hat. Das Ziel besteht darin, die Labour-Party umzuformen und dann in Allianz mit dieser umgeformten Labour-Party zur legalen Revolution zu schreiten. Aber diese gemütliche konstitutionelle Perspektive hat mit dem Marxismus-Leninismus nichts gemein. Dadurch, daß sich die KP Großbritanniens zu einem Instrument für die "Umformung" existierender legaler Einrichtungen gemacht hat, hat sie die Revolution und den Kampf der Arbeiterklasse um die Macht und den Sozialismus aufgegeben und will sich fürderhin mit ein paar Brotkrumen von Tische der Monopolkapitalisten zufrieden geben.

Solange das Monopolkapital existiert, kann die Arbeiterklasse keine dauerhaften Errungenschaften für sich buchen. Selbst wenn gewissen Schichten der Arbeiterklasse einige zeitweise Zugeständnisse gemacht werden, so geht das zu Lasten ihrer Genossen im Mutterland oder in den Überseegebieten, wo die britischen Monopolkapitalisten das Volk umso unverschämter ausbeuten.

Dadurch, daß die Revisionisten, die die KP Großbritanniens kontrollieren, mit dem britischen Imperialismus ins Geschäft kommen wollen, hemmen und unterdrücken sie in jeder Hinsicht die großen revolutionären Energien der Arbeiterklasse. Weder in den Kämpfen für höhere Löhne, für den Arbeitsplatz, für anständige Wohnungen und erträgliche Mieten, weder im Kampf gegen Militärbasen und für den Frieden noch in Wahlkampagnen, gibt die KP Großbritanniens den Massen eine klare und deutliche Perspektive.

Wie könnte sie das auch! Sie erscheint der Arbeiterklasse als das, was sie ist: ein Anhängsel der Labour-Party. Ihre Politik wird von den Arbeitern nicht als echte Alternative zur kapitalistischen Politik erkannt, weil sie keine solche ist. Die Revisionisten blicken immer über ihre Schulter zur Labour-Party, hoffen sich mit ihr zu vereinigen und sind ängstlich bestrebt, der Bourgeoisie zu beweisen, daß sie eine respektable konstitutionelle Partei sind. So sabotieren sie die Anstrengungen der Kommunisten, die tatsächliche Führerrolle in der Arbeiterbewegung einzunehmen.

DER BÜROKRATISCHE ZENTRALISMUS

Seit Jahren bemühen sich die Marxisten-Leninisten innerhalb der KP Großbritanniens, über diese revisionistische Generallinie und über die Mißerfolge, die ihre Anwendung mit sich brachte, die Diskussion zu eröffnen. Alle diesen Versuche wurden von der Führung aber unterdrückt, die sich klar darüber ist, daß sie ihre verräterische Politik nur dann fortführen kann, wenn sie marxistisch-leninistische Argumente von der kämpferischen Arbeiterschaft fernhält. Im Sommer dieses Jahres veröffentlichten die Revisionisten einige Briefe marxistischen Inhaltes im "Daily Worker", in denen die Wahlpolitik der KP Großbritanniens kritisiert und das Dreier-

abkommen entlarvt wurden. Es handelte sich allerdings nur um ein paar von vielen Briefen, die eingeschickt worden waren; es ist offensichtlich, daß diese wenigen Briefe angesichts einer weitverbreiteten Unzufriedenheit und mit dem Zweck veröffentlicht wurden, zu zeigen, daß die offene Diskussion zugelassen worden und die Opposition gegen die Revisionisten schwach sei.

Diese Etappe ist nun zu Ende. Die Herausgeber des "Daily Worker" erklärten die Diskussion für abgeschlossen und veröffentlichten folgende Erklärung:

"Wir werden keine Beiträge veröffentlichen, die im Gegensatz zur Resolution des Exekutivkomitees und dem Bericht John Gollans stehen."

Kommunisten, die in verschiedenen Teilen des Landes marxistische Literatur verteilt haben, werden mit Disziplinarmaßnahmen und mit dem Ausschluß bedroht.

In der Zwischenzeit bemüht sich die Führerschaft der KP Großbritanniens, diese Erklärung in den Organisationen zum Beschluß erheben zu lassen. Da es den Marxisten verwehrt ist, in den Organisationen zu sprechen oder in der Parteipresse zu schreiben, und die wichtigsten Erklärungen der KP Chinas, die man angreift, den Mitgliedern nicht zur Verfügung gestellt worden, ist das Ergebnis der Abstimmung in keiner Weise geeignet, die wahre Meinung der britischen Kommunisten widerzuspiegeln.

In der KP Großbritanniens ist der demokratische Zentralismus durch einen bürokratischen Zentralismus ersetzt worden. Sie kann daher nicht länger als Partei des marxistisch-leninistischen Typs bezeichnet werden.

VEREINIGT EUCH ZUR VERNICHTUNG DES REVISIONISMUS!

Angesichts dieses Vorrates der Revisionisten zu schweigen, hieße ihn unterstützen.

Die Kommunisten müssen nun handeln. Wir, die unterzeichneten Kommunisten, repräsentieren die Kader aus verschiedenen Teilen des Landes und haben uns versammelt, um diesen Appell an Euch zu richten. Wir rufen alle Marxisten, alle Kommunisten auf, die revisionistische Fraktion, die die KP Großbritanniens kontrolliert, gemeinsam zu verurteilen.

Wir rufen alle Marxisten, alle Kommunisten auf, für die Niederlage dieser Fraktion zu arbeiten und an ihre Stelle eine echte kommunistische Partei zu setzen, die auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus begründet ist und die die Arbeiterklasse zum endgültigen Sieg über den Monopolkapitalismus führen wird.

Wir rufen alle Kommunisten auf, sich auf die Prinzipien der Moskauer Deklaration von 1960 zu einigen.

WIR GRÜßEN DIE SOZIALISTISCHEN VÖLKER DER WELT!

WIR GRÜßEN DIE UNTERDRÜCKTEN MASSES IN IHREM KAMPF FÜR DIE FREIHEIT!
VORWÄRTS FÜR DEN SIEG DES SOZIALISMUS IN GROSSBRITANNIEN!"

STANDPUNKTE - STANDPUNKTE - STANDPUNKTE - STANDPUNKTE - STANDPUNKTE - STANDPUNKTE - STANDPUNKTE -

GEDANKEN EINES ÖSTERREICHERS ZUM ÄRZTE-"STREIK" IN BELGIEN

=====

In Antwerpen, Lüttich, Namur, La Louviere, Tournai, neuerdings auch in Charleroi, fanden machtvolle Protestkundgebungen und Demonstrationen der Arbeiter gegen die Forderungen und die Metho-

den der belgischen Ärztekammer statt. Besonders erregte der Tod eines Kindes, das den Kampfmaßnahmen der belgischen Ärztekammer zum Opfer fiel, die Empörung der Bevölkerung. Dabei ist das nur ein Fall, der bekannt wurde, und in dem der unmittelbare Zusammenhang zwischen dem traurigen Ereignis und dem sogenannten "Streik" nicht vertuscht werden konnte. In 99,99 % aller Fälle wird die Ärztekammer aber imstande sein, diesen Zusammenhang zu verschleiern.

Speziell für uns in Österreich sind die belgischen Ereignisse lehrreich. Nicht nur, weil wir vor nicht allzulanger Zeit ähnliches erlebt haben. Viel wichtiger ist es, daß uns neue Auseinandersetzungen mit der hiesigen Ärztekammer bevorstehen. Es geht dabei keineswegs um eine "reine Geldfrage". Es geht um eine politische Linie.

In seiner Eigenschaft als Präsident der Österreichischen Nationalbank hielt der Finanzminister unseligen Angedenkens, Doktor Kamitz, schon vor langer Zeit eine Rede, die sozusagen nur für die "Eingeweihten" bestimmt war. Diese Rede ist sehr aufschlußreich. Sie enthält den Plan, den sogenannten "Wohlfahrtsstaat" schrittweise abzuschaffen. Anders ausgedrückt: Die Einrichtungen, die von den Massenorganisationen des Proletariats geschaffen und erkämpft wurden, und zu denen Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung usw. gehören, sollen nach und nach liquidiert und durch nach reaktionären Grundsätzen gelenkte Einrichtungen ersetzt werden.

Nach diesem Konzept soll das Gesundheitswesen noch weniger oder überhaupt nicht durch die Krankenkasse kontrolliert werden. Diese Funktion soll die Ärztekammer übernehmen - was freilich, wie das Beispiel in Belgien illustriert, einer Umwandlung des Gesundheitswesens in ein Gesundheitsunwesen gleichkäme.

Das erste Ergebnis des österreichischen "Ärztestreiks" war, daß die Reaktion ihren Mann auf den Präsidentensessel in der Ärztekammer brachte. Jetzt will man vor allem eines verhindern: Der Arzt soll sich keinesfalls mit einer Rolle abfinden, die ihm in solidarische Nähe mit dem Arbeiter bringen könnte. Das "freie Unternehmertum" der Ärzte und ihr "gesunder Konkurrenzkampf" sollen mit allen Mitteln gewahrt und entwickelt werden - selbst, wenn sich dies verhängnisvoll für die Volksgesundheit auswirkt.

Wie wenig der Ärztekammer die Volksgesundheit am Herzen liegt, zeigt anschaulich die kürzlich erfolgte Ablehnung des Entwurfes eines Landwirtschaftskrankenkassengesetzes durch diese Kammer; eines Gesetzes, das (trotz vieler Halbheiten) im Interesse der Gesundheit der Landbevölkerung dringendst notwendig wäre.

Unter den Bedingungen des "freien Unternehmertums" müssen ärztliches Ethos und persönlicher Vorteil notwendigerweise in Widerspruch geraten. Durch die Methoden des "freien Konkurrenzkampfes" würde die Mehrzahl der Ärzte korrumpiert und zum gefügigen Werkzeug der Bourgeoisie werden. Darauf kommt es der Reaktion an. Es geht ihr nicht um die materiellen Interessen der Ärzte, sondern darum, sie zu einem Hebel im Kampf gegen die sozialen Errungenschaften der Arbeiter zu machen.

Diejenigen unter den Ärzten, die in ihrem Beruf kein bloßes Mittel zum Gelderwerb, sondern eine soziale Funktion sehen, wissen es: Erst und nur das sozialistische Gesellschaftssystem kann die Voraussetzungen schaffen, unter denen es möglich sein wird, den hohen ethischen Prinzipien dieses Berufes restlos zu genügen. Das heißt aber nicht, daß - solange der Sozialismus noch nicht erreicht ist - der Ärzteberuf zu einem Geschäft wie der Handel mit Waschmaschinen gemacht werden darf. Der Mensch ist keine Waschmaschine, seine Gesundheit darf nicht Objekt des Schachers werden.

Den opfervollen und standhaften Kampf jener Aufrechten unter den Ärzten, die - leider noch eine Minderheit bildend - selbst gegen die Versuche auftreten, sie für die Zwecke der Reaktion einzuspannen, muß die Arbeiterklasse mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen. Die belgischen Arbeiter gehen uns im Augenblick ein Beispiel, wie das geschehen soll.

Und an uns Kommunisten liegt es, endlich einmal offen auszusprechen, was unseren Revisionisten schon seinerzeit nicht über die Lippen gehen wollte: daß Ärzte"streiks" der erlebten Art keine Streiks wie die von Arbeitern sind, sondern ein BOYKOTT GEGEN DIE ARBEITER, denen lebensnotwendige Medikamente, Behandlungen usw. vorenthalten werden, um ihnen die Hinnahme von Plänen abzupressen, die ein kleiner reaktionärer Klüngel ausgeheckt hat.

J.L.